

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 21. Juni 1930

34. Jahrgang

Nummer 25

Wege zur Überwindung der Wirtschaftskrise?

In den letzten Tagen vor Pfingsten wurden durch Tatarnachrichten in der bürgerlichen und vornehmlich in der kommunistischen Presse — die in diesem verlogenen Kreis selbstverständlich nicht fehlen darf — die Gewerkschaftsmitglieder in Unruhe versetzt über „geplanten Lohnabbau der Unternehmer durch Verhandlungen mit dem ADGB.“ Es hat keinen Wert gegen alle diese Schwindelnachrichten zu schreiben, denn einmal zweifelt kein vernünftiger Mensch an der Verlogenheit der genannten Presse und im weiteren muß jedem Gewerkschaftsmitglied bekannt sein, daß nicht der ADGB Träger der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, sondern die einzelnen Verbände. Aber das kummert jene Schwindelnachrichtensfabrikanten wenig, wenn es gilt, Verwirrung in die Reihen der organisierten Arbeiter zu tragen und nebenher ihre organisatorische Spitzenvertretung in Mißkredit zu bringen. Der Zweck heiligt das Mittel und wenn es auch noch so schief ist! In der Sache selbst erhalten wir vom ADGB eine Darstellung, die wegen der Pfingstfeiertage und dem damit verbundenen früheren Blattschluß nicht mehr in der Nr. 24 Aufnahme finden konnte, sie lautet:

„In den letzten Wochen haben zwischen einer Gruppe von Unternehmern und Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften vertrauliche Besprechungen stattgefunden, über die in der bürgerlichen Presse eine große Anzahl von irreführenden und tendenziösen Berichten veröffentlicht worden sind. Unter den Ueberschriften: „Wieder Arbeitsgemeinschaft“ — „Eine Arbeitsgemeinschaft zur Wirtschaftsbekämpfung“ — „Die Idee einer neuen Arbeitsgemeinschaft“ — „Gemeinschaftliche Arbeit der Wirtschaftsverbände“ — oder gar „Hindenburg für Lohnabbau“ sind diese durch aus unverbindlichen Beratungen in den ersten Schritt zum Aufbau einer neuen Arbeitsgemeinschaft umgefälscht worden.“

Der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft wurde bei diesen Verhandlungen von beiden Seiten von vornherein ausgeschlossen.

Die freien Gewerkschaften würden sich, wenn von irgendeiner Seite dieser Gedanken ihnen nahegelegt würde, unter keinen Umständen darauf einlassen, diese längst der Vergangenheit angehörige Institution wieder zu beleben. Der Grund für diese ablehnende Haltung liegt auf der Hand. Sie haben es nicht nötig, mit diesen unzulänglichen Mitteln sich ihren Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung zu sichern.

Genau so abwegig wie die Behauptung, daß die Frage der Arbeitsgemeinschaft bei diesen Beratungen eine Rolle gespielt habe, ist die andere in der bürgerlichen Presse vielfach wiederkehrende Meinung, daß der Deynhäuser Schiedsspruch, der ein Opfer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Eisenindustrie zur Ermöglichung einer Kosten- und Preisentlastung vorsehe, der praktische Ausgangspunkt dieser Beratungen gewesen sei.

Von dem Deynhäuser Schiedsspruch ist in den gepflogenen Verhandlungen überhaupt nicht gesprochen worden.

Es kam zu den Verhandlungen auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern, die angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der überaus schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt anregten, in gemeinsamen Besprechungen einen Weg zu suchen, der einerseits die ausreichende Versorgung der Arbeitslosen eindeutig sicherstelle, andererseits durch Überwindung der Vertrauenskrise zu einer Anzurückbildung der Wirtschaft führen könne. Die Vertreter der Unternehmer bekannten sich zu dem Gedanken, daß der Selbstbetrag der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden müsse, und zwar dachten sie daran, daß die Angestellten der Wirtschaft, und zwar auch die leitenden Angestellten bis hin zu den Generaldirektoren, für das laufende Statjahr von ihrem nicht versicherungspflichtigen Einkommen einen Beitrag bis zur Höhe von 4 1/2 v. H. zahlen sollten.

Die Gewerkschaften vertraten demgegenüber die Auffassung, daß dieser Hilfsbeitrag sich nicht nur auf die Angestellten der Wirtschaft beschränken dürfe, daß vielmehr alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Berufskreise diesen Beitrag leisten sollten.

Sie waren der Meinung, daß dieses allgemeine Notopfer der von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen und in gesicherter Existenz befindlichen Schichten einen ersten und wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen bedeuten würde. Die Sanierung der Reichsfinanzen erschien ihnen aber als eine unausweichliche Vorbedingung für die Besserung der Wirtschaftslage.

Von Unternehmerseite wurde darüber hinaus angeregt, die Ursachen der Arbeitslosigkeit in den Kreis der Beratungen einzubeziehen. Dabei war man sich auf beiden Seiten darüber klar, daß die Wirtschaft unter allen Umständen zu einer Senkung des Preisniveaus kommen müsse. Zur Debatte stand also eine Senkung der Produktionskosten zur Behebung des Abfalls.

Gegenüber der von den Unternehmern vertretenen Anschauung, daß die Senkung der Preise auch eine Anpassung der Löhne einschließen müsse, vertraten die Gewerkschaften die Auffassung, daß insbesondere der viel zu hohen Preisspanne im Handel und den übersteigerten Kartellpreisen energisch entgegengetreten werden müsse, daß unter keinen Umständen der Senkung der Herstellungskosten eine Schwächung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung parallel gehen dürfe, daß vielmehr die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung in der Folge gehoben werden müsse, da anderenfalls die wirtschaftliche Situation genau dieselbe sein würde wie vorher.

Eine Untersuchung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und eine Prüfung der Wege, die aus der jetzigen Situation hinausführen, halten auch sie für wünschenswert.

Im Laufe der Besprechungen wurde es von beiden Seiten, für den Fall, daß es gelänge, eine gemeinsame Formel zu finden, für zweckmäßig gehalten, daß der Erfolg der Aktion in der Autorität des Reichspräsidenten eine Stütze fände. Die gemeinsame Formel müßte selbstverständlich dem von den Gewerkschaften vertretenen Standpunkt eindeutig Rechnung tragen. Bekanntlich ist eine Einigung bisher nicht zustande gekommen, da auf der gemeinsamen Ausschüßung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die am 3. Juni abgehalten worden ist, eine Einigung der Unternehmer nicht erzielt werden konnte. Infolgedessen wurde auch davon Abstand genommen, sich an den Reichspräsidenten zu wenden. Ob und wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ist im Augenblick nicht zu übersehen.“

Preise und Löhne

Ueber dieses, durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und den Vorstoß des Unternehmertums, besonders aktuelle Thema bringt die Holzarbeiterzeitung vom 14. Juni aus der Feder ihres Verbandsvorsitzenden, dem Abg. Fritz Tarnow eine sehr beachtliche Abhandlung, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Fritz Tarnow hat auch in der Reichstags-sitzung vom 27. Mai eine Rede gehalten, wie man sie selten im Reichsparlament über die wirtschaftliche Situation, die Lage der Arbeiterschaft und die kapitalistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung zu hören bekommt. Keine Phrasen; kein Volkensudschheim; mit beiden Beinen in der Wirklichkeit wurden von ihm die Schäden aufgezeigt und die Folgerungen für die Arbeiterschaft gezogen. So wie dort im Reichstag hat Fritz Tarnow auch in seinen Artikeln immer sehr Beachtliches, ja Anerkanntes zu sagen. Er schreibt:

„Die Arbeitslosigkeit behauptet sich mit einer Standhaftigkeit, die noch viel beängstigender ist als ihre Größe. Die Jahreszeit, die normalerweise eine Entlastung bringen muß, verstreicht, ohne daß nennenswerte Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt zu verspüren wären. Auch die immerhin schon merkbare Entspannung auf dem Geldmarkt und die Senkung der Zinssätze haben bis jetzt den erhofften Auftrieb noch nicht gebracht.“

Gibt es Mittel und Wege, um in absehbarer Zeit aus dieser Situation herauszukommen, um wenigstens der Wirtschaft einen Anstoß in der Richtung zum Besseren zu geben? Wir könnten darauf antworten, daß an dieser kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nichts zu verbessern sei und daß erst nach der Umwandlung zum sozialistischen System eine Veränderung eintreten könne. Aber das wäre ein allzu magerer Trost für die Gegenwart. Sicher kann die vollständige Vernunft des sozialökonomischen Systems erst nach der Überwindung des Kapitalismus erreicht werden; aber der Grad der Unerwartung ist in der kapitalistischen Wirtschaft eine durchaus variable Größe. Schließlich kann auch ein großer Teil des Unternehmertums bei den gegenwärtigen Verhältnissen keine Seide spinnen und ist an einer Veränderung nicht weniger interessiert als die Arbeiterschaft.

Was also kann geschehen, um die Wirtschaft anzukurbeln? Eine gewisse Sorte von Unternehmern und Wirtschaftspolitikern hat die Antwort längst bei der Hand und verkündet sie immer lauter und eindringlicher: Abbau der Sozialpolitik, der Arbeitslosenversicherung und der Löhne!

Reden wir einmal gar nicht von der sozialen Brutalität, die dahintersteht; denn es gibt Leute, auf die das nicht den geringsten Eindruck macht, die darüber mit einem Achselzucken hinweggehen und kühl erklären, daß die „Rettung der Wirtschaft“ an sozialen Sentimentalitäten nicht scheitern dürfe. Aber wie steht es mit der ökonomischen Wirkung einer solchen „Rettungsaktion“?

Die sozialen Unterstützungen sind im kapitalistischen System nicht nur ein Gnadenakt der Humanität, sie haben eine verteilte ökonomische Funktion: als Sicherheit an der ökonomischen Maschinerie. Wer sich einbildet, daß man Millionen Menschen den Zugang zur Ermerbsarbeit versperren und sie einfach verhungern lassen könne, ohne sie zum gewalttätigen Aufstand und zu Zerstörungen am Produktionsapparat zu treiben, unterschätzt denn doch die elementare Kraft des menschlichen Lebenswillens. Ganz abgesehen davon, daß die Erhaltung der Arbeitskraft eine Aufgabe auch der ökonomischen Zweckmäßigkeit ist.

Und wie steht es mit der volkswirtschaftlichen Wirkung eines Lohnabbaues? Angeblich soll damit folgendes erzielt werden können: Je niedriger der Lohn für den einzelnen, um so mehr Arbeiter könnten Lohn und Beschäftigung finden. Der Lohnabbau würde die Produktionskosten verringern und einen Abbau auch der Preise zur Folge haben. Dadurch würde die Kaufkraft des Lohnes nach der Senkung wieder ebenso groß sein wie vorher. Außerdem aber würde durch diese Maßnahme die Wettbewerbsfähigkeit in der Welt so gesteigert werden, daß aus dem wachsenden Export zusätzliche Beschäftigung erblühen werde.

Der verhängnisvolle Trugschluß dieser allzu simplen Spekulation ist oft genug nachgewiesen worden. Wenn die Unternehmer behaupten, daß eine Senkung der Warenpreise nur und in dem Ausmaße erfolgen könne, wie an Lohnkosten gespart wird, so liefern sie damit selber den bündigen Beweis, daß aus einer solchen Aktion unfehlbar eine Verminderung der Kaufkraft des Lohnes herauskommen muß. Der jüngste Lehrling eines Kalkulationsbureaus wird mühelos ausrechnen können, daß eine Lohnsenkung z. B. von 10 Prozent nicht

auch die gesamten Herstellungskosten um 10 Prozent vermindert, selbst wenn die Lohnersparnis restlos darauf angerechnet wird.

Wenn es die Unternehmer, die einen allgemeinen Lohnabbau mit der Behauptung fordern, daß diesem Schritt ein allgemeiner Preisabbau in der gleichen Höhe folgen würde, so daß die Kaufkraft des Lohnes erhalten bliebe, wirklich ehrlich meinten, müßten sie für eine Preisentlastung schon noch andere Reserven als die Lohnersparnis zur Verfügung haben. Daß dem so ist, braucht nicht bezweifelt zu werden. Aber daraus folgert auch, daß eine Senkung des Preisniveaus möglich ist, ohne die Löhne anzufassen, und damit ist auch schon der geradeste Weg aufgezeigt, der zur Behebung der Wirtschaft führen kann. Eine prozentual gleichmäßige Senkung aller Warenpreise und aller Einkommen wäre ja im Grunde genommen nur eine Art von Währungsreform, ohne daß dadurch das Mißverhältnis zwischen der nationalen Produktionskraft und der nationalen Kaufkraft geändert würde.

Dieses Mißverhältnis zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern, das ist es aber, worauf es ankommt, und das kann nur erreicht werden durch eine Verringerung der Spanne zwischen den Warenpreisen und den Einkommen. Man könnte zu diesem Ziel kommen durch eine Erhöhung des nominalen Lohnniveaus bei gleichbleibendem Preisniveau oder durch eine Senkung der Preise bei gleichbleibendem Lohnniveau. Es wäre sogar denkbar, daß die Nominallöhne sanken und ihre Kaufkraft stiege, nämlich dann, wenn die Warenpreise noch mehr fielen. Wenn aber die Löhne sinken und die Warenpreise ihren Stand behaupten oder nicht in gleichem Maße sinken, so muß daraus notwendigerweise eine Verminderung der Kaufkraft und ein weiterer Rückgang der Produktion und Beschäftigung entstehen.

Diese Betrachtung bedarf noch einer Korrektur hinsichtlich der Auswirkungen für den Außenhandel. Kann auch eine gleich große Senkung des Preisniveaus und des Einkommensniveaus an der inneren Kaufkraft nichts verändern, so ist allerdings nicht zu bestreiten, daß bei niedrigeren Warenpreisen die Exportausfuhr verbessert und damit von dieser Seite her die Wirtschaft und die Beschäftigungsmöglichkeit gehoben werden kann. Nicht nur, um zusätzliche Arbeitsmöglichkeit zu beschaffen, sondern auch wegen der Reparationszahlungen und der Verzinsung von Auslandskrediten ist eine Steigerung der Ausfuhr unbedingt erstrebenswert. Unter diesem Gesichtspunkt könnte auch für die Arbeiterschaft sogar eine Senkung des nominalen Lohnes diskutabel erscheinen, wenn durch eine entsprechende Senkung aller Warenpreise und Lebenshaltungskosten die Kaufkraft des Lohnes dadurch nicht herabgesetzt würde. Daß nicht die Anzahl der Mark, sondern ihre Kaufkraft entscheidend für die Lebenshaltung ist, diese Erkenntnis hat ja die Inflationszeit eindringlich genug gelehrt. Was jetzt aber im Vordergrund der Unternehmerpropaganda steht, nämlich vor allem, die Löhne abzubauen, um damit zu einer Preisentlastung zu kommen, das liegt außerhalb jeder ernsthaften und vernünftigen Diskussionsmöglichkeit.

Geradezu unverständlich ist es, daß bei dieser Propaganda und den schon eingeleiteten Aktionen das kartellierte Unternehmertum der Schwerindustrie an der Spitze steht. Wenn irgendwo die Preise gesenkt werden können, ohne die Löhne anzurühren, dann ist es hier der Fall. Während die nichtkartellierte Produktionswirtschaft dem Druck der Absatzkrisis bereits nachgeben und die Preise nicht unerheblich senken mußte, haben die Kartelle und

Index der Warenpreise (1926 = 100).

	Freie Preise	Gebundene Preise
Januar 1929	102,0	105,0
Januar 1930	90,4	105,0
April 1930	85,2	105,1

Monopolunternehmungen die Preise vollkommen starr gehalten, wie vorstehende amtliche Statistik ausweist.

Das kartellierte und verteilte Unternehmertum steht auch an der Spitze der Rationalisierungspraxis; es hat durch die dadurch bewirkte Freisetzung von Arbeitern den Arbeitsmarkt auf das stärkste belastet und die Kaufkraft in größtem Umfange zerstört. Die Eisenindustrie hatte außer der durch die Rationalisierung bewirkten Senkung der Herstellungskosten den Vorteil einer starken Senkung der Schrottpreise. Alle Voraussetzungen für die Senkung der Preise sind also gegeben.

Die Herren von Stahl und Eisen wollen aber diesen notwendigen Schritt nicht unternehmen, ohne damit eine brutale Erpressung an den Arbeitern zu verbinden. Sie erklärten sich bereit, die Preise zu senken, aber nur dann, wenn auch die Löhne abgebaut werden dürfen. Leider hat sich auch ein Schlichter (und auch ein Reichsarbeitsminister! Red. d. St.) gefunden, der Verständnis für diese Forderung aufbrachte, vielleicht sogar in der Meinung, damit der Volkswirtschaft einen großen Dienst zu erweisen, ohne die Arbeiter zu schädigen; denn die Eisenindustriellen sollen ja nach dem Schiedsspruch verpflichtet sein, die Preise um die gesamte Summe abzubauen, die durch die Lohnsenkung eingepart wird.

Gerade an diesem „reellen Geschäft“ kann man recht deutlich erkennen, wie die Arbeiter dabei unter den Schlitzen kommen müssen. Die Kaufkraft ihres Lohnes bemißt sich an allen anderen Dingen, nur nicht an Eisenpreis. Und wenn man schon annehmen will, daß eine Senkung der Eisenpreise auch irgendwie auf das allgemeine Preisniveau einwirkt, so wird der Arbeiter in den Lebenshaltungskosten davon jedoch verteuert wenig verspüren. Diese Aktion muß also, wenn sie gelingt, zu einem Abbau nicht nur des nominalen, sondern in der gleichen Höhe auch des realen Lohnes führen und zerstört demnach Kaufkraft. Es wäre auch sehr naiv, von den Eisenbaronen annehmen zu wollen, daß es ihnen nur darum zu tun wäre, „Dienst am Volke“ zu üben. Was sie vorhaben, ist ein bewußter Angriff auf die Lebenshaltung und die soziale Position der Arbeiterschaft, bei der volkswirtschaftliche Überlegungen höchstens insoweit eine Rolle spielen, daß sie in die Ecke gestellt werden, um die Durchführung eines Machtkampfes nicht zu hemmen.

Die augenblickliche Depression ist auch insofern ein Phänomen, als man nirgendwo ernsthaftige Anstrengungen wahrnehmen kann,

um die verfügbaren Möglichkeiten für eine Belebung der Konjunktur praktisch auszunutzen. Kein Sachkundiger wird bestreiten können, daß ein organisierter Druck auf die Kartellpreise einerseits und auf die viel zu hohen Handelszulagen andererseits sehr weitgehende Möglichkeiten bietet, das allgemeine Preisniveau zu senken, die Kaufkraft zu stärken und den Absatz zu erhöhen. Auf den Gebieten der Kreditverforgung und der Zinsverbilligung sind große, unausgenutzte Reserven vorhanden, die zu mobilisieren gar nicht so schwer sein könnte.

Warum nicht hier anpacken? Warum nicht auf diesem Wege neue Kaufkraft schaffen, statt allen Fleiß darauf zu verwenden, vorhandene Kaufkraft zu zerstören? Ganz zweifel-

los könnte die Wirtschaft einen starken Impuls bekommen, wenn auf diese Möglichkeiten alle Kräfte konzentriert, die lethargie und die soziale Borniertheit abgeschüttelt würden.

Es scheint allerdings, als ob auch im Lager des Unternehmertums solche Erkenntnisse aufzuleimen beginnen. An anderer Stelle in dieser Nummer unserer Zeitung wird über Verhandlungen im Reichsverband der deutschen Industrie nach Fühlungnahme mit den Gewerkschaften Mitteilung gemacht, die das bestätigen. Man kann nur wünschen, daß der vernünftiger Teil des Unternehmertums sich gegenüber dem schärfmächterischen Flügel durchsetzt. Für die Wirtschaft und für die Arbeitslosen ist es höchste Zeit, daß eine Wendung eintritt.

Der dem Stockholmer Kongress vorzuliegende Tätigkeitsbericht des IOB. über die Jahre 1927/28/29 vermittelt eine gute Uebersicht über die zahlreichen und vielfältigen Bemühungen des IOB. auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Kampfes.

Wenn man berücksichtigt, daß sich in den drei verflochtenen Jahren die Wirtschaftslage aller Länder dauernd verschlechtert hat, so ist es erfreulich, daß der IOB. seinen Mitgliederbestand nicht nur halten, sondern um einige Hunderttausende vergrößern konnte. Das gleiche gilt für die Internationalen Berufssekretariate. Sowohl der IOB. als auch die IBS. umfassen mehr als 13 Millionen Mitglieder. Weiter sind dem IOB. drei neue Landeszentralen beigetreten: der griechische Gewerkschaftsbund, die estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südmexiko.

Erste Anstrengungen wurden in der Berichtsperiode gemacht, um mit nichtangeschlossenen Organisationen und Landeszentralen in Beziehung zu kommen. In einem ausführlichen Kapitel sind diese Bemühungen geschildert, die sich nicht nur auf die einzelnen noch nichtangeschlossenen Landeszentralen in Europa beschränkten, sondern sich auf die Länder aller Weltteile ausdehnten. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Verhältnis zum Amerikanischen Gewerkschaftsbund sowie zum Panamerikanischen Gewerkschaftsbund gewidmet. Wenn die Anschließbestrebungen des IOB. nicht den gewünschten Erfolg hatten, so ist ein wichtiger Grund hierfür der (wie dies auch der Bericht klar hervorhebt), daß der IOB. nur Landeszentralen aufnehmen kann, während sich in den meisten der außereuropäischen Weltteile eine zentralisierte freie Gewerkschaftsbewegung erst langsam zu entwickeln beginnt.

Die Beziehungen zu den Internationalen Berufssekretariaten (IBS.) waren ausgezeichnet. Die vom IOB. festgelegte Politik bezüglich des Beitritts russischer Organisationen zu den IBS. wurde voll und ganz eingehalten. Uebersicht läßt der Tätigkeitsbericht deutlich erkennen, daß der Einfluß Moskaus in den letzten drei Jahren stark zurückgegangen ist, und daß, wenn die Angriffe der Russen auch nicht völlig aufgehört haben, sie doch abgefohrt haben, Einbruch zu machen.

Die Abschnitte über die Sozialgesetzgebung und die Wirtschaftspragen stellen eingehend die Bemühungen des IOB. dar, seinen Einfluß sowohl auf sozialpolitischen als auch wirtschaftlichen Gebieten zu vergrößern und besonders auf den Internationalen Arbeitskonferenzen die Interessen der Arbeiter stärker zur Anerkennung zu bringen. Die Behandlung eines internationalen sozialpolitischen Programmes sowie eines internationalen Wirtschaftsprogrammes auf dem Stockholmer Kongress ist ein Beweis dafür, wie große Bedeutung der IOB. diesen beiden Fragen zumißt, und wie stark er befreibt ist, auf diesen für die Arbeiterklasse wichtigsten Gebieten eine einheitliche internationale Politik herbeizuföhren.

Auch der Jugendbildungsarbeit und den Arbeitererinnungen widmete der IOB. seine Aufmerksamkeit. Ernsthaft setzte er sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugendlichen und der Lage der Arbeiterinnen ein.

In der Berichtsperiode wurden zahlreiche Veröffentlichungen herausgegeben, die in allen Weltteilen Verbreitung fanden. Weiter stellte der IOB. eine Reihe von Erhebungen an, die vor allem einen interessanten und nützlichen Meinungsaustausch zwischen den Organisationen der angeschlossenen Länder ermöglichten.

Dem eigentlichen Tätigkeitsbericht ist ein Anhang mit ausführlichen Berichten der Landeszentralen und Berufssekretariate über die Jahre 1927/28/29 beigefügt. Der Tätigkeitsbericht des IOB. gibt ein klares Bild des Standes der Internationalen Gewerkschaftsbewegung und kann als wertvoller Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden.

Infolge eines schweren Automobilunfalles war es lange Zeit zweifelhaft, ob Leipart, der Vorsitzende des IOB., das Referat zu einer der wichtigsten der dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm unterbreiteten Fragen werden halten können. Der Gesundheitszustand des Genossen Leipart hat sich erfreulicherweise so gebessert, daß seine Teilnahme an der Stockholmer Tagung nahezu gesichert erscheint. Dies wird besonders von den deutschen Gewerkschaften begrüßt.

bedingungen in unseren Handwerksgruppen wesentlich anders sind als für solche, die für persönlichen Bedarf einzelner produzieren. Ueber die Ausfuhr unterrichten die Ausweise des Statistischen Reichsamtes und im Inlande bleibt das Absatzproblem schließlich immer eine Lohn- und Preisfrage. Wenn der Preis gemessen an den Löhnen übersteigert wird, daß also die breite Masse nichts kaufen kann, stößt der Absatz. Wahr ist aber, daß durch die Preisdiktate der Lieferungsindustrie das Handwerk in eine bedrängte Lage gezwungen wird. Auf der einen Seite die hohen Syndikatspreise für Rohstoffe, auf der anderen die Kaufkraftarmut der großen Masse. Das sind Gegenätze, die drückend auf das Handwerk lasten, seinen Aufstieg hemmen. Darum liegt es gerade im Interesse des Handwerks, wenn die Allmacht der Kartelle und Syndikats gebrochen wird.

Von den Handwerksgruppen im Steinarbeiterverband

Der auf Grund des Reichsgesetzes vom 15. April 1926 eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft hat seinen III. Unterausschuß beauftragt, die Wirtschaftsbedingungen im Handwerk während der Kriegs- und Nachkriegszeit zu erforschen. Der III. Unterausschuß, auch Handwerksausschuß genannt, hat vor kurzem seinen Generalbericht über die Ergebnisse seiner Untersuchung veröffentlicht. Da auch die Steinindustrie und das Steinschlaggewerbe darin behandelt wird, scheint es angebracht, auf das Ergebnis einzugehen. Der Ausschuß hat sich bemüht, nicht nur eine statistische Erfassung des Handwerks durchzuführen, sondern auch die gegenwärtige Lage des Handwerks und seiner nächsten Zukunftsaussichten zu beleuchten. Er hat, um sich ein richtiges Bild machen zu können, auch mündliche Vernehmungen von Handwerksmeistern, Arbeitern und zum kleinen Teil auch von Konkurrenten des Handwerks vorgenommen. Ob hierbei auch das Steinschlaggewerbe, soweit die Gesellen in Betracht kommen, vernommen wurden, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die Untersuchung hat ein umfangreiches Material über Umfang, Schichtung und Wirtschaftslage des Handwerks zutage gefördert. Nur hat man den Eindruck, daß auf die Ansichten und Meinungen der Unternehmer mehr Rücksicht genommen worden ist, als eine objektive Beurteilung erfordert. So zum Beispiel heißt es in dem Bericht über den Handwerkszweig der Steinhauer und Steinmehner, daß hier ein „Mangel an tüchtigen Gesellen“ herrsche. Was ist hierunter eigentlich zu verstehen? Wer ist „tüchtig“? Die Unternehmer gebrauchen dieses Wort in vielfacher Auslegung. Auch Kriecher werden häufig als „tüchtig“ bezeichnet. Wenn die Unternehmer solche vielfagenden Beurteilungen in ihren Berichten aufnehmen, so kann man das noch verstehen, aber in einem immerhin doch halbamtlich abgestempelten Bericht gehören derartige Dinge nicht hinein.

Die allgemeine Lage des Handwerks beurteilt der Bericht wie folgt: „Die Ergebnisse dieser Spezialuntersuchungen lassen erkennen, daß von einer konstitutionellen Erkrankung des Handwerks, wie um die Jahrhundertwende, nicht mehr gesprochen werden kann, dieses vielmehr nur in die allgemeine Wirtschaftskrise hineingerissen ist, im übrigen aber stark genug erscheint, seine Stellung in der Gesamtwirtschaft infolge technischer und kaufmännischer Rationalisierung, Spezialisierung und Kombination mit geeigneten Handelsfunktionen zu behaupten und zu stärken.“

Der Handwerkszweig der Steinhauer und Steinmehner umfaßt nach dem Bericht im Jahre 1926 4215 Betriebe mit 4350 Inhabern, 10 697 Gesellen, 1400 Lehrlinge und 445 Angestellte. Von der Betriebszahl waren 3653 Kleinbetriebe, 389 kleinere und 93 größere Mittelbetriebe, 80 Großbetriebe, darunter 8 mit über 50 Gesellen. Im Durchschnitt entfallen auf je 100 Betriebe 253,8 Gesellen und 33,2 Lehrlinge, während auf je 100 Gesellen 13,1 Lehrlinge kamen. Die Durchschnittsziffer der auf einen Betrieb entfallenden Gesellen ist in den Kammerbezirken verschieden. So kamen in Koburg auf 1 Betrieb 0,14 Gesellen, in Leipzig aber 48. In den Bezirken mit vorhergehendem Mittel- und Großbetrieb, wie Leipzig, Dresden, Chemnitz, Berlin und Erfurt, sind die Durchschnittsziffern bedeutend höher als in den Bezirken mit vielen Kleinbetrieben, wie Trier, Flensburg, Schwerin und Koburg. Im Bezirk Nürnberg kamen auf 7 Gesellen 1 Lehrling.

Ueber die Lage im Steinschlaggewerbe sagt der Bericht: „Die Nachfrage nach Steinschlagarbeiten hat sich in der Nachkriegszeit verringert. Viele Betriebe haben sich daher auf das Grabmalgeschäft umgestellt, ohne jedoch hierdurch den Ausfall an Steinschlagarbeiten ausgleichen zu können. Die gegenwärtige Geschmacks-einstellung und Stilrichtung in der Architektur beeinflusst mit dem Verzicht auf Ornamente in starkem Maße die Beschäftigungsmöglichkeiten des Steinschlaghandwerks. Hierzu kommt die starke, gleichfalls durch die derzeitige Geschmacksrichtung bedingte Verdrängung des Natursteins durch den Kunststein. Auch der Wettbewerb des Betonwerkes hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit verschärft. Am Arbeitsmarkt herrscht daher im allgemeinen, allerdings bei einem Mangel an tüchtigen Gesellen, ein Ueberangebot an Arbeitskräften.“

In der Steinbildhauerei wurden ermittelt 1922 Betriebe mit 1993 Inhabern, 2535 Gesellen, 762 Lehrlingen

und 173 Angestellten. Von der Betriebszahl waren 1782 Kleinbetriebe, 127 Mittel- und 13 Großbetriebe. Auf je 100 Betriebe kamen 131,9 Gesellen und 39,6 Lehrlinge; auf je 100 Gesellen 30,1 Lehrlinge. Hohe Betriebszahlen weisen die Kammerbezirke Mannheim, Harburg, Berlin, Dresden und Liegnitz auf. Die moderne Stilrichtung, die bei einfacher Linienführung gleichem ornamentalen Schmud vermeidet, wirkt sich auf die Beschäftigungsmöglichkeiten ungünstig aus. Zwar sind ernste Anzeichen einer Aenderung der bisherigen Geschmacksrichtung zu erkennen, sie reichen aber für eine nennenswerte Belebung des Auftragsmarktes noch nicht aus. Vor allem verzichten die Behörden als Auftraggeber am Baumarkt noch immer fast ganz auf die Verwendung bildhauerischer Schmudes.“

Im Steinschlaghandwerk wurden 2908 Betriebe mit 3004 Inhabern, 21 462 Gesellen, 2536 Lehrlinge und 1672 Angestellte ermittelt. Bei der Betriebszählung 1925 wurden 2763 Betriebe mit 27 027 beschäftigten Personen gezählt. Gegenüber diesem Ergebnis hat sich 1926 die Zahl der Betriebe um 145 und die Zahl der Beschäftigten einschließlich der Inhaber um rund 1670 erhöht. Kleinbetriebe wurden 1809, mittlere Betriebe 917 und Großbetriebe 182 ermittelt. 41 Betriebe beschäftigten mehr als 50 Gesellen. Auf je 100 Betriebe entfallen 738 Gesellen und 87,2 Lehrlinge; auf je 100 Gesellen kamen 11,8 Lehrlinge. Das Steinschlaghandwerk ist ziemlich gleichmäßig über die einzelnen Kammerbezirke verteilt. Besonders zahlreich sind die Steinschlagbetriebe in den Kammerbezirken Berlin, Halle, Magdeburg und Darmstadt vertreten. Auf Preußen entfallen 1657 Betriebe mit 15 297 Gesellen und 1711 Lehrlinge, auf Sachsen 236 Betriebe mit 2368 Gesellen und 329 Lehrlingen. Betriebe mit über 30 Gesellen waren 101 vorhanden, davon 36 im Kammerbezirk Berlin, 12 in Breslau, 10 in Wiesbaden, 6 in Sachsen und 2 in Bayern.

Auch hat der Ausschuß den Umsatzwert zu ermitteln versucht. Für das Steinschlaghandwerk wird der Jahresumsatz auf 118 Millionen Mark oder 4366 Mark je Person beziffert. Das hat auch der Reichsverband für das Steinschlag-, Pflaster- und Straßenbau-gewerbe ungefähr ausgerechnet, und so scheint es, daß man sich dessen Berechnungsmethoden zur Grundlage gemacht hat. Der Jahresumsatz dürfte wesentlich größer sein. Bei der Handwerksgruppe Steine und Erden, zu der die Kommission auch die Töpfer, Glaschleifer, Glasbläser, Glas- und Porzellanmaler rechnet, wird der Jahresumsatz auf 184 Millionen Mark oder je Person auf 4000 Mark beziffert.

Mit Recht aber wird festgestellt, daß das Handwerk in der Nachkriegszeit in starker Abhängigkeit von der Lieferungsindustrie geraten ist. Durch die straffe Zusammenfassung der Werke in Trusts, Kartelle und Syndikats, die willkürlich die Preise festlegen und auf einem überhöhten Niveau halten, als Beispiel hierfür sei nur die Zementindustrie erwähnt, werden die Rohmaterialien stark verteuert. Das Handwerk, das sich auch nicht mit Rohstoffen eindecken kann wie große Werke, muß jeden geborderten Preis zahlen. Der Bericht bemerkt, daß 10 Tonnen Pflastersteine 1914 160 bis 200 Mark kosteten, 1924 für 280 bis 340 Mark verkauft und 1928 mit 290 bis 320 Mark bezahlt wurden. Aber es ist unrichtig, die Verteuerung auf die Löhne abwälzen zu wollen. Sie sind gegenüber der Vorkriegszeit bei weitem nicht in dem Maße gestiegen wie die Preise für Rohstoffe.

Lehrlinge waren nach dem Bericht am 1. Dezember 1928 im Steinbildhauerhandwerk 1253 vorhanden. Im Laufe des Jahres mußten 287 Lehrlinge die Gesellenprüfung ablegen, davon bestanden 283 die Prüfung mit Erfolg, 4 ohne Erfolg. Im Steinschlaghandwerk wurden 1272 Lehrlinge festgestellt, davon machten 180 die Gesellenprüfung mit, 1 ohne Erfolg. Im Steinschlag- und Pflasterhandwerk ermittelte man 3875 Lehrlinge; 1114 bestanden die Gesellenprüfung mit, 33 ohne Erfolg. Lehrlinge in der Steinschleiferei zählte man 229, davon legten 57 ihre Gesellenprüfung mit Erfolg ab. Gegenüber den Feststellungsergebnissen von 1926 ist die Zahl der Lehrlinge im Steinschlaghandwerk bis 1928 um 1339 gestiegen.

Der Ausschuß hat auch die Absatzbedingungen festzustellen versucht. Das Ergebnis ist aber so allgemein gehalten, daß sich damit wenig anfangen läßt. Dann ist auch zu bemerken, daß die Absatz-

dem kapitalistischen Getriebe auf der Plattform kommandierenden, raffenden und schiedenden Persönlichkeiten verflucht kleinklaut geworden. Manche übten schon Gebete ein vom „Brüder Arbeiter“. Ja, ja, so war es! So etwas wird leider zu schnell wieder vergessen und daraus keine Lehren gezogen für die Zukunft, für das Allgemeinwohl. Sonst könnte es nicht möglich sein, um nur ein Beispiel herauszugreifen, daß aus dem kapitalistischen deutschen Getriebe etwa 8 Milliarden Mark nach dem Auslande in Sicherheit gebracht wurden. Unbekümmert was aus denen wird, die in ihrer Masse erst die Grundlage abgegeben haben, um die 8 Milliarden „verdienen“ zu können. Diese Verdienner sind moderne, aber feige Raubritter! Sind Egoisten en gros! Sie müßten zurückgeholt und in einen Steinbruch gesteckt werden können zum Aufladen der Steinbroden und zum Fortschleiben der Loren. Also zur Knochenarbeit in der grellen Junionne, so, wie in dem wieder in Gang gesetzten Steinbruch, von dem hier die Rede ist. Als sicher ist anzunehmen, daß bei solcher oder ähnlicher Möglichkeit diesen modernen Räubern am Gesamtwohl recht schnell zum Bewußtsein kommt, welches große Verbrechen sie mit ihrer Kapitalflucht an der deutschen Wirtschaft, an deutschen Arbeiter begangen haben. Leider bleiben das nur fromme Wünsche und man soll sich deshalb nicht in einen berechtigten Jörn hineinschreiben, den man nicht an den richtigen Mann bringen kann.

Wenn man die so lange zurückgedämmte Arbeitsfreude in dem wiedererschlossenen Steinbruch der hier erwähnten kleinen Steinschlagergemeinde beobachtet, dann tauchen schon solche Gedankengänge auf und nicht nur allein beim

Steinklopfer-Hannes.

Aus dem Wetterwinkel



Ende Juni! Die Sonne prallt von der Felsenwand zurück in den Steinbruch auf die paar Wieder-Beschäftigten und macht die Arbeit im Steinbruch einfach zur Qual. Nachmittags ist das bei dem Sonnenbrand noch viel schlimmer wie vormittags und doch heißt es — aushalten in diesem großen, von weißgrauen Felswänden eingerahmten Heißluftkessel. Aushalten bei dieser langenbehrten Arbeit, allein schon wegen den nimmer abtreibenden Ansprüchen des knurrenden Magens, der von Zeit zu Zeit „ordentliches“ Futter verlangt. Von den anderen Ansprüchen, die nach der Sättigung jedesmal entstehen, gar nicht zu reden. Manche dieser Ansprüche eilen sogar unversöhnterweise in die Ferne mit den nicht weit vom Steinbruch vorbeifahrenden Schnellzügen, die in der Jetztzeit vollgepfropft sind mit Ferienreisenden.

Die Sonne meint es gut; sie brennt nicht nur Arme, Hals und Gesicht der im Steinbruch hantierenden Männer gelbbraun, sondern sie dörrt auch deren Leiber aus, die dadurch vorzeitig, dem Alter ihren Tribut zahlen müssen. Während in den vorübergehenden Schnellzügen nicht wenige Leute sitzen, die an der See oder in den Bergen die Sonnenbräune direkt luchen und dafür dadurch viel Geld ausgeben, könnten sie das hier am Steinbruch aus erster Hand viel leichter und intensiver haben, bekommen sogar noch Geld dazu. Die modern schlante Linie würde ebenfalls erhalten bleiben, vielleicht noch schlanker werden und die Muskelatätigkeit mit den Steinbroden wäre auch nicht übel. Doch das sind Gedanken von der verkehrten Welt, die entstehen, weil die jetzt in dem Eisenbahnzügen Sitzenden zum größten Teil vor der Arbeit fliehen und die hier in Frage kommenden Steinbrucharbeiter sich zur Arbeit drängen. Ja, wirklich und tatsächlich dazu drängen!

Es sind 10 Mann von 40, die seit ungefähr einer Woche nach fast sechsmonatiger Pause des Hartens und Hoffens voll Entbehrungen, nun als erste, als Avantgarde, in den Steinbruchs-betrieb wieder aufgenommen wurden. Sie räumen ab und räumen auf, säubern die Bruchsohle; pumpen Wasser aus einem tiefer gelegenen Steinrichter; bringen Geleise und Loren wieder in Ordnung, arbeiten vor, damit eine größere Gesteinswand niedergelegt werden kann; denn in wenigen Tagen soll der Betrieb mit Ripper und Knader nach und nach in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Da heißt es emsig schaffen in der Vorbereitung.

Eine so lange, unfreiwillige Pause hat die Arbeitsgewohnheit natürlich sehr geschwächt, daher wird diesen zuerst eingestellten 10 Mann die Arbeit doppelt so schwer. Nur ihre Hoffnung auf längere Zeit wieder Arbeitsmöglichkeit zu bekommen, läßt den Arbeits-mut und den Arbeitswillen in dem unheimlichen Sonnenbrand nicht erschaffen. Ferner sind sie sozusagen die Wegbereiter für die noch draußen stehende Belegschaft; das spornt ebenfalls mit an, um das Allgewohnte und außer Übung gekommene wieder gewohnt zu werden. Vorläufig sind ihnen die Glieder und Muskeln frühmorgens noch wie zerklüftet; so ähnlich muß jenen zumute gewesen sein, die im Mittelalter wegen Vergehens auf einer Folter gerädert wurden.

Das Ereignis der Wiederaufnahme des Betriebes hat in dem kleinen arbeitslosen Steinbrucherst tatsächlich wie eine Revolution gewirkt, und obgleich noch nicht alle eingeteilt wurden, hat die Ankündigung, daß die Einstellung in absehbarer Zeit bestimmt erfolge, den Nichteingestellten ein hoffnungsvolles, lebhafteres Ueberges als sonst verliehen, sie sind wie umgewandelt. Sogar die Frauen lachen wieder und gehen mit wiegenden Hüften rascheren Schrittes, und der Krämer im Ort verlangt nicht mehr durchaus Bezahlung bei Entnahme von Waren wie sonst, sondern gibt wieder auf Kredit, liefert „Auf Pump“. Der Krämer ist also ein weitsichtiger, geschäftiger Mann, der Verdienst und Umsatz abnt und dann sieht es so wohlwollend aus, auch wenn man nichts verkennt. Nur beim Anschreiben muß aufgepaßt werden.

Dieser rein örtliche Vorgang vom Aufatmen des Arbeitsvolkes und von seinem Arbeitswillen müßte von allen jenen „Volkswirtschaftlern“ mit der schlechten Angewohnheit der üblen Nachrede, studiert und beobachtet werden, die das Wort „Arbeits-scheu“ immer recht schnell zur Hand haben. Diese üblen Nachredner meinen damit durchaus nicht etwa ihre eigene freiwillige Kurzarbeit oder Dauer-Arbeitslosigkeit mit erträglichem Einkommen, sondern sie meinen immer und ausnahmslos die unfreiwillige, erzwungene, diktierte Arbeitslosigkeit jener anderen in der großen Masse, die seit ihrer Geburt mit Schmalhans Brüderstahl gemacht haben und die auch vor lauter Entbehrungen im sonstigen Lebensgenuß nicht geradeaus sehen können. Das Verlangen nach Arbeit ist gerade bei diesen Schmalhans-Brüdern sehr, sehr stark ausgeprägt und wer anderes behauptet, verflüchtigt sich an dem produktiven Arbeitsvolk. Dieses schafft bekanntlich ja erst die Möglichkeit, schafft die Plattform, auf welcher der Handel und Wandel sich bewegen kann. Schafft überhaupt durch seine Arbeit und Entbehrungen die Plattform, auf der das ganze kapitalistische Getriebe sich immer freier breitzumachen versucht und dabei geflissentlich das erstere überfließt. Denkt an Lohnabbau, Schmälerung der Sozialpolitik, Lohnteilnahme aus der Kriegstrübspflicht usw. Vor etwa 12 Jahren stand diese Plattform etwas schief, kam ins wackeln und ohne Ausnahme waren damals die in

Organisation

Vertraue deiner eignen Kraft! So ziemt es sich als Mann; Und wenn auch mancher Abgrund klast, Geh' mutig deine Bahn! Doch wenn du spürst, daß Einzelkraft Ein großes Werk nicht zwingt, Daß nur Gemeinamkeit es schafft, Nur dann das Werk gelingt, Dann schließe hurtig einen Bund Mit Kämpfern gleicher Art, Daß gleiche Kraft auf gleichem Grund Sich tausendfältig paart. Dann wird die tausendfält'ge Kraft Erringen Schlag auf Schlag Mit Mut und voller Leidenschaft, Was einer nicht vermag!

Was irgend gekken will und waffen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Wanderschaft. In der Nachkriegszeit ist für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die Wanderschaft infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse sehr eingeschränkt worden; denn mit der Brotkarte ging ganz selten ein Verbandskollege auf Wanderschaft. Und während der Inflationszeit mit ihren Millionen — morgen Milliarden, waren Herbergen und Fremdenheime mit einem Schlage ihre Stammgäste los. Die allgemeine große Arbeitslosigkeit, ein Produkt unserer heutigen Wirtschaftsordnung, treibt mit den Jugend-Handwerkern geradezu Schindluder. Kaum ist die Lehrzeit beendet wird den Junggelesen gekündigt. Eine weitere praktische Ausbildung in seinem Beruf ist nicht mehr möglich. Will dann ein Junggelesener nicht dauernd den Arbeitsnachweis belagern, bleibt ihm weiter nichts übrig, wie die — Landstrafe.

Doch das Wandern von heute, ist mit dem der Vorkriegszeit nicht mehr zu vergleichen. Damals war jeder Junggelesener stolz darauf, auf Wanderschaft gehen zu können; wußte er doch, nach einigen Wochen in irgend einem anderen Ort Arbeit zu finden um seine Berufskenntnisse zu erweitern, Land und Leute kennen zu lernen und das Organisationsleben der Gewerkschaften zu studieren. Dieses ist aber heute auf Wanderschaft nicht mehr möglich. Erstens kann heute ein Junggelesener monatelang ja jahrelang die Landstraße ablaufen, ohne Arbeit zu finden, kann mithin seine Berufskenntnisse nicht erweitern, viel weniger in die Arbeiterbewegung tiefer einbringen.

Warum ich dieses schreibe? Angeregt durch die gut zu lesende Glauberei vom „Steinklopfer-Hannes“ in Nr. 21 unseres Steinarbeiter, den doch sicher alle unsere Reisefollegen und nicht zuletzt die Ortsverwaltungsmitglieder gelesen haben! Denn an letztere war doch die Abhandlung zugunsten der Wanderkollegen besonders gerichtet.

Leider habe ich beim Auszahlen des Totalgehens auf der „Sternwarte“ in den letzten Jahren vielfach festgestellt können, daß viele Kollegen erst kurze Zeit vor ihrer Abreise den Weg zum Verband gefunden haben und mithin nicht bezugsberechtigt sind für die Erwerbslosenunterstützung auf der Reise. Zur Rede gestellt, warum sie sich nicht während der Lehrzeit organisiert haben, wird stets die Ausrede gebraucht: „Uns hat keiner zum Eintritt in den Verband aufgefordert!“

Ortsvereinsmitglieder: Laßt euch dieses nicht länger zum Vorwurf machen. Sorgt dafür, daß jeder Jugendliche der in der Steinindustrie beschäftigt ist — dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands beiträgt.

Die Steinmetzbetriebe im Bezirk Frenburg, Laucha, Neuba leiden wie alle anderen Bezirke unter großer Arbeitslosigkeit, deren Ursachen in der veränderten Bauweise, in der Verwendung von Kunststein zu Bauzwecken zu suchen sind. In den genannten Orten ist ein Stamm tüchtiger Steinmetzen ansässig, die nun auf Grund der Krise entweder gezwungen sind, einen anderen Beruf zu ergreifen oder den Versuch unternehmen müssen, auswärts Arbeit im Beruf zu finden. Beides ist jedoch nur in sehr beschränktem Maße möglich, weil sich die Arbeitslosigkeit mehr oder weniger auf alle Industrien erstreckt.

Fakt reflexlos in der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert, zur Arbeitslosenunterstützung nicht zugelassen, sind die Kollegen auf die Mithilfe der örtlichen Fürsorge angewiesen. Es wird kaum einem möglich sein, in diesem Jahre 26 Wochen Arbeitsgelegenheit zu finden, um die Anwartschaft für die Arbeitslosenunterstützung wieder zu erwerben. Vor einigen Wochen schien es, als wenn Hoffnung auf Arbeit vorhanden sein dürfte, die Unternehmer hatten den Kollegen wissen lassen, daß eine große Bauarbeit für Berlin in Aussicht stehe und die Möglichkeit vorhanden, daß die Steinmetzen für dieses Jahr Beschäftigung haben. Es wurde kalkuliert, Probesteine angefertigt, nach Berlin gefahret und sollte, nach Aussage der Unternehmer, jeden Tag mit der Auftragserteilung zu rechnen sein. Dann wurde es wieder still, man hörte von dem großen Auftrag mehrere Wochen nichts mehr und schon mußte angenommen werden, daß der Bau anderweitig vergeben ist. Das war Ruhe vor dem Sturm! Die Unternehmer teilten den Steinmetzen mit, daß am 27. Mai in Laucha eine Versammlung stattfinden solle, wo Unternehmer und Gesellen über das Berliner Projekt eine Aussprache herbeiführen sollten. Die Steinmetzen sind der Einladung gefolgt und wurde ihnen von den Unternehmern mitgeteilt, daß es noch möglich sei, die Berliner Arbeit zu bekommen, doch sei Voraussetzung Herabsetzung der Löhne. Die abgegebenen Preise seien zu hoch, demzufolge müßte eine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent erfolgen. Das Gespenst Arbeitslosigkeit, die Tatsache, daß alle Steinmetzen in kurzer Zeit als einigiges Einkommen nur noch die örtliche Fürsorgeunterstützung beziehen, benutzten die Unternehmer als Mittel zum Zweck, um ihre Pläne zum Abbau der Löhne zu verwirklichen.

Es schwebten für den Bezirk Tarifverhandlungen und sollte am 3. Juni der Schlichtungs-Ausschuß Halle die Entscheidung fällen darüber, ob der bisher bestandene Bezirksstarifvertrag weiter Geltung haben sollte oder nicht. Die Unternehmer von Frenburg glaubten dem Schlichtungs-Ausschuß zuvorkommen zu sollen, indem sie die Steinmetzen zusammenholten zu einer örtlichen Verhandlung unter Ausschaltung der Gewerkschaft und die Steinmetzen, die alle arbeitslos sind, denen kein Unternehmer Arbeit geben kann, stimmten einer Lohnreduzierung von 7 Prozent zu. Als Belohnung für dieses Entgegenkommen zahlten die Unternehmer die Woche bei der Verhandlung und außerdem erhielt jeder Steinmetz 2 Mark Tagelohn. Dieser „Sieg“ der Frenburger Unternehmer wurde sofort dem Syndikus Boigt nach Halle gemeldet und glaubte dieser, daß er nunmehr auch die „Schlacht“ vor dem Schlichtungs-Ausschuß gewinnen werde. Doch es kam etwas anders! Der Schlichtungs-Ausschuß hat sich an das Abkommen von Frenburg nicht gehalten, erklärte dieses vielmehr als nicht rechtsgültig und fällte einen Schiedsspruch, nach welchem die bisher bestehenden Löhne um ein Jahr, bis 30. 4. 31, verlängert werden, mit Ausnahme von Raumburg, wo eine Erhöhung um 2 Pfg. auf 1,35 Mark ab 1. 6. 30 einzutreten hat, im übrigen gilt der bisherige Bezirksstarifvertrag.

Das Vorkommnis im Unstruthal zeigt, daß die Kollegen Lohnverhandlungen mit den Unternehmern ablehnen müssen, falls die Gewerkschaft ausgeschlossen werden soll. Seit Monaten propagieren die Unternehmerverbände die Herabsetzung der Löhne, man verspricht dem Arbeiter Arbeit. Die Gewerkschaften haben den

Kampf gegen dieses herausfordernde Verhalten der Unternehmer aufgenommen, lehnen eine Herabsetzung der Löhne ab. Deshalb versuchen nun die Unternehmer die Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen auszuschalten. Die Kollegen in den Betrieben und Bezirken mögen sich das vorstehend Geschilderte als warnendes Beispiel dienen lassen, vorsichtig zu sein und vor allen Dingen ihrem Verbandsvertreter von allen Vorkommnissen Bericht geben.

Geschlossene, gut disziplinierte gewerkschaftliche Organisation ist der beste Schutz gegen Unternehmervillkür, wird dieses von der Arbeiterchaft erkannt, dann werden alle dunklen Pläne der Unternehmer von vornherein erfolglos bleiben. A. Sch.



25 Jahre Verbandsangestellter

Nachdem im Vorjahre Kollege Ludwig Geist auf eine 25jährige Tätigkeit als Hauptkassierer des Verbandes zurückblicken konnte, sind am 22. Juni d. J. 25 Jahre vergangen, seitdem Kollege Herm. Siebold, verschiedene Funktionen ausübend, hauptamtlich für den Verband tätig ist. Vorher 8 Jahre lang als Vorsitzender der Hamburger Marmorarbeiter fungierend, wurde er 1905 vom Vorstand und Ausschuß des Verbandes nach Leipzig berufen, womit sich der damalige besoldete Verbandsvorstand von 3 auf 4 Personen erhöhte. (Der Verband zählte in jener Zeit rund 14000 Mitglieder, die sich auf 276 Zahlstellen erstreckten.) Trotz der Verfürgung des Verwaltungsapparates blieb für die verschiedenen Spezialarbeiten recht wenig Zeit übrig, weil sämtliche Angestellten, mit Ausnahme des Kassierers, vorwiegend im Außendienst, zur Werbung neuer Mitglieder, zur Führung von Lohnbewegungen usw. benötigt wurden. So wurde damals Kollektivarbeit im weitesten Sinne geleistet, wobei Kollege Siebold auch damals schon Gelegenheit fand, sich an den Redaktionsarbeiten zu



beteiligen. 1906 wurde ihm das Amt des 2. Vorsitzenden übertragen. In den Verbandspublikationen jener Jahre, wie Berichte, Tarife, Eingaben, Denkschriften und statistische Unterlagen, im Aufbau und in den Begründungen der Unterstüzungseinrichtungen des Verbandes liegt viel Initiative des Kollegen Hermann Siebold.

Erst nach und nach wurde der besoldete Verbandsvorstand erweitert. 1906 trat Kollege Hugo Walther als Fünfter in die „Sternwarte“ ein, wie das Hauptbüro von wihigen Kollegen wegen der 4. Etage genannt wurde. Erst mit der Anstellung von Gauleitern und mit der Anschaffung bürotechnischer Hilfsmittel konnte die notwendige Arbeitsteilung im Außen- und Innendienst vorgenommen werden, wodurch die einzelnen Arbeitsgebiete auch im Hauptbüro intensiver bearbeitet werden konnten.

Die 4 Kriegsjahre rissen den Jubilar wie so viele, viele andere aus dem kulturellen Schaffen heraus. Das Kriegsende rief auch im Verbandsvorstand grundlegende Aenderungen hervor. 1919 trat der 1. Vorsitzende, Kollege Paul Starke, auf eigenen Wunsch zurück. Sein Nachfolger wurde der ein Jahr darauf verstorbene Kollege Alois Staudinger, während Kollege Hermann Siebold die Redaktion des „Steinarbeiter“ übernahm. Dieser Tätigkeit steht er heute noch vor. Durch ihn hat die Verbandszeitung eine alleseitig befriedigende Ausgestaltung erfahren, insbesondere durch die im Jahre 1926 eingeführte Beilage: „Aus Betrieb, Technik und Wirtschaft“, deren Vorläuferin die 1923 eingeführte Beilage: „Der Betriebsrat und Betriebsobmann in der Steinindustrie“ war. Auch der bereits im 5. Jahrgang erscheinende Verbands-Kalender ist sein Werk.

So hat sich unser Jubilar außerordentlich vielseitig und fruchtbringend betätigt. Zu einem „gemüthlichen“ Sachsen ist er trotz 25jähriger Anpassung an die Leipziger Verhältnisse nicht geworden, was jedenfalls schon auf die harten Bänke der Bremer Freischule zurückzuführen ist, die er in seiner Kindheit gedrückt hat. Recht bittere Erfahrungen persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Natur waren auch nicht dazu angetan, ausgleichend zu wirken, doch hat er „allen Gewalten zum Trotz sich erhalten“.

Heute steht unser Redakteur Hermann Siebold im 57. Lebensjahre. Der Verbandsvorstand weiß sich einig mit der gesamten Kollegenschaft, wenn er ihm bei eigenem Wohlergehen eine weitere erprießliche Tätigkeit für den Verband und die gesamte Arbeiterschaft wünscht.



Germerode. Die Bezirksversammlung für das Straßenbaugewerbe der Zahlstellen Germerode, Ahterode, Weidenhausen, Frankershausen und Etmannshausen am 29. Mai war auf Wunsch der Kollegen einberufen, doch mäßig besucht. Ahterode war nur mit 1 Kollegen vertreten, trotzdem sie frühzeitig Kenntnis hatten, Etmannshausen war nicht vertreten, da der Vorsitzende auswärts arbeitet, deshalb hatten die Kollegen von der Einladung keine Kenntnis. Kollege Gg. Huppel-Germerode begrüßte die Erschienenen und stellte den Gauleiter, Kollegen Schmitt-Hannover, vor. Dann wurde als Leitung gewählt der Kollege Gg. Huppel zum Vorsitzenden und zum Schriftführer der Kollege Reis-Kassel. Gauleiter Kollege Schmitt referierte dann über die wirtschaftliche Lage. An der Notlage sei die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht schuld durch die Sperrung der langfristigen Auslandsanleihen. Die Arbeitnehmerorganisationen führten gegen diese Politik einen schweren Kampf, fanden aber nicht die Unterstützung in der Wirtschaft. Jetzt sehe man ein, daß dadurch der Konjunkturbedingungsübergang in der Hauptsache mit herbeigeführt wurde. Diese Politik der finanziellen Drohung habe sich insbesondere gegen die öffentliche Hand gerichtet, da doch der Baumarkt bis zu 80 Prozent von dieser (Staat und Kommune) betrieben wird, die nur bauen könne, wenn die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Kollege Schmitt wies auch darauf hin, daß es in Deutschland um die Wirtschaft anders stehen würde, wenn die 22 Millionen Pflicht-

versicherten alle den Weg zu ihrer Organisation gefunden hätten, dann sehen auch die Tarif- und Arbeitsbedingungen anders aus. Auch brauchten dann nicht die Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung so geführt zu werden, wie dies bisher immer der Fall war. Schmitt erklärte, wir Arbeiter wollen gar keine Arbeitslosenunterstützung, sondern nur Arbeit und Brot, das jedem Deutschen in der Verfassung zugesichert ist. Durch Eingaben an sämtliche Behörden um Arbeitsbeschaffung sei schon verschiedenes erreicht worden. Der Referent streift dann noch die Politik der Brüningregierung, die Arbeitslosenversicherung, die Unternehmerverbände und läßt seinen Vortrag ausklingen, in der Organisation den nötigen Schutz zu sehen.

Die Ausführungen des Kollegen Schmitt wurden in der Diskussion noch von einigen Kollegen unterfriten.

Im Punkt „Verschiedenes“ sprach Schmitt noch über das Tarifwesen und wies darauf hin, daß im Reichstarifvertrag für das Straßenbaugewerbe bisher alle Verhandlungen gescheitert sind und wohl ein Tarifvertrag, der den gesamten Straßenbau umfasse, wie unser Bestreben war, kaum noch zustande komme, da sich auch noch der Verein zur Wahrnehmung der Asphaltindustrie von den Vereinbarungen zurückgezogen habe, so daß wir in der Gruppe Straßenbau jetzt noch ohne Reichstarifvertrag sind. Dies erfordere die Nachsamkeit aller Kollegen. Auch der Bezirksstarifvertrag für das Straßenbaugewerbe Mitteldeutschlands habe vorläufig nur noch Geltung bis zum 15. Juni d. J. Es soll aber in Verhandlungen eingetreten werden. Im Lohn seien die Kollegen gesichert bis zum 31. Dezember d. J. Dann entspann sich eine scharfe Kritik wegen des Vorgehens der Kollegen in Hannover, die beim Magistrat und den Baubehörden dahingehend gewirkt haben sollen, daß die hiesigen Kollegen, die schon seit Jahrzehnten in Hannover beschäftigt gewesen, jetzt entlassen worden seien. Vom Kollegen Schmitt wurde zugelagt, daß er mit den Kollegen in Hannover Rücksprache nehmen will, um eine Entspannung in dieser Frage herbeizuführen.

Elberfeld. Am 9. Mai erschien in der „Freiheit“, dem „revolutionären“ Blatt der KPD., unter dem Titel: „Der Index als Lohnregulator“ folgende Notiz:

„Daß die Gewerkschaftsbürokratie von der Vertretung jeglicher Lohnforderungen der Arbeiter Abstand nimmt, zeigt erneut der Verlauf der Verhandlungen in der rheinisch-westfälischen Marmorindustrie. Unter dem Vorsitz des Schlichters wurde am 9. Mai in Dortmund eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach das bisherige Lohnabkommen bis zum 31. März 1931 verlängert wird. Weiter sieht die Vereinbarung vor, daß, wenn zu diesem Termin keine Kündigung erfolgt, das Lohnabkommen ein volles Jahr weiterläuft. Nur wenn in dieser Zeit der auf direkte Fällung aufgebaute Reichsindex auf 150 steigt, dann sollen die Gewerkschaften das Recht haben, das Lohnabkommen zu kündigen. Zerfällt die Schlichtungssesseln! Nur im Kampf unter revolutionärer Führung kann die Arbeiterschaft höhere Löhne erzwingen.“

Diese Notiz kann nicht unbesprochen bleiben, abgesehen von der schwammigen Kunst der „revolutionären Führung“, die sonstwo zu suchen ist, nur nicht bei denen, die damit immer prahlen. Die Tatsachen lagen so:

Die Lohnverhandlungen wurden geführt von gewählten Vertretern der organisierten Steinarbeiter. Jede im Geltungsbereich des Tarifs interessierte Stadt entsandte einen Vertreter zu den Verhandlungen in Essen. Bei den Verhandlungen wurde von unseren Vertretern herausgeholt, was in Anbetracht der heutigen Wirtschaftslage herausgeholt werden konnte. Der Jagarbeiterlohn beträgt 1,45 Mark pro Stunde. Die Unternehmer wollten unter allen Umständen einen Lohnabbau durchführen. Es ist gelungen, dieses Vorhaben abzuwehren. Dem Bezirkslohnrat, der mit vieler Mühe nach jahrelanger Arbeit erkämpft worden war, drohte die Gefahr, aufgehoben zu werden. Die Gauleiter der an den Verhandlungen teilnehmenden Verbände haben nur für das plädiert, was die Vertreter in Vorbesprechungen während der Verhandlungen beschließen haben. Der Schlichter wurde in beiderseitigem Einvernehmen angerufen, da ein Abbruch nicht erzielt werden konnte. Das durch den Schlichter herbeigeführte Endergebnis wird von den Steinarbeitern nicht als „schändliche Vereinbarung“ angesehen. Den Delegierten wurde in den Versammlungen zum Jorn der Revolutioner das Vertrauen ausgesprochen. Unter den organisierten Steinarbeitern herrscht die Ansicht vor, daß bei der augenblicklichen schlechten Wirtschaftslage der Marmorindustrie die Verlängerung des Tarifs um ein Jahr das einzig mögliche sei. Das sind die nüchternen Tatsachen. Hinzu kommt noch, daß der sogenannte „Freie Steinarbeiterverband in Düsseldorf und Essen“ — eine Sonderorganisation im rheinisch-westfälischen Bezirk — vor der Verhandlung in Essen dem Unternehmerverband schriftlich erklärt hat, daß sie den bestehenden Bezirksstarif nicht kündigen und zu den alten Bedingungen weiterarbeiten. Die Frage: Wo sind die „revolutionären“ Gewerkschaften unter „revolutionärer“ Führung, die für die Belange der organisierten Steinarbeiter mehr herausholen können? wird auch der Artikelschreiber in der „Freiheit“ nicht beantworten können, auch dann nicht, wenn er sein Domizil auf dem Monde hätte. Ja, es hat sich was mit der „revolutionären Führung“, wenn man schon über die realen Tatsachen gleich auf die Nase fällt.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

•••••

1. Gau: In Berlin die Firma Redmann, Berlin-Pankow, für Steinarbeiter. Tariftätigkeiten, kein Arbeitsangebot der Firma annehmen!
2. Gau: In Hofenau das Grabsteingeschäft von Emil Kneifel.
3. Gau: In Cosjil bei Großpostwitz Sa. der Betrieb der Firma Mag Gedan; sie bezahlt unter Tarif und stellt Verbandsmitglieder nicht ein. — In Roffen das Grabmal- und Kunststeingeschäft von Achilles für Steinmetzen und Bildhauer wegen Mafregelung.
4. Gau: In Steinaach im hiesigen Granitwerk wurde 22 Kollegen, darunter ein Lehrling, gekündigt, weil sie Ueberstunden zu klabieren, verweigert haben. Der Betrieb ist selbstverständlich zu meiden.
5. Gau: In Bremen sämtliche Grabsteingeschäfte wegen Abbruchs der Tarifverhandlungen, wodurch tariflosler Zustand. Von der Sperre sind ausgenommen das Grabsteingeschäft von Franz Starke und die Abteilung Steinhauerei des gemeinwirtschaftlichen Bestattungs-Instituts. — In Bad Odesloe die Tiefbau-firma Schulz. (Dort bekommen die Steinseher und Berufsgeoffenen keinen Lohn.) — In Cursbed-Neuengamme die Firma Gustav Jans (Straßenbau), zahlt nicht nach Tarif.

Schweiz. In Kreuzlingen, Basel und St. Margarethen darf wegen erster Differenzen kein Steinmetz oder Schleifer zureisen.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung gegeben, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Arbeitslosigkeit im Zentralverband der Steinarbeiter im Mai 1930.

Landesarbeitsamt	Gemeldete Mitglieder	Danon arbeitslos	in Prozent
1. Ostpreußen	618	200	23,3
2. Schlesien	10 854	5 851	54,1
3. Brandenburg	3 575	1 253	35,0
4. Pomern	1 320	453	34,3
5. Nordmark	2 588	597	23,0
6. Niedersachsen	2 841	671	23,6
7. Westfalen	1 003	418	41,6
8. Rheinland	2 654	1 330	50,1
9. Hessen	5 687	1 853	32,5
10. Mitteldeutschland	5 291	2 160	40,8
11. Sachsen	12 856	5 046	39,2
12. Bayern	7 805	2 437	31,2
13. Südwestdeutschland	2 751	674	24,5
	59 843	22 973	38,4

Die Abnahme gegen den Vormonat beträgt drei Prozent. Traurige Tatsache!

Rundschau

„Verständigung in der sächsischen Steinindustrie.“ In der Fachpresse der Natursteinindustrie lesen wir darüber: „Man beabsichtigt, laut „Dresdner Anzeiger“, die Gründung einer gemeinsamen Verkaufsvereinigung, die voraussichtlich ihren Sitz in Leipzig haben wird. Durch Verhandlungen hofft man, außer den Hohlburger Quarz- und Porphyr-Werken A.-G. und der Firma Friedrich Bachmann, Leipzig, für den Zusammenschluß noch weitere Firmen gewinnen zu können. Nach dem Zusammenschluß hofft man, die Arbeitsverhältnisse in der sächsischen Steinindustrie gewinnbringend gestalten zu können.“ — Der letzte Satz klingt etwas orakelhaft und soll wohl heißen, daß man die Produktion ergiebiger und den Profit größer gestalten will. Wenn man „die Arbeitsverhältnisse gewinnbringender“ für die beteiligten Firmen machen will, dann haben allerdings die Hohlburger Quarz- und Porphyr-Werke A.-G. dieses Frühjahr dazu bereits den Anlauf gemacht: Abbau der Affordänge — Reduzierung der Belegflächen — Beseitigung unliebsamer Betriebsräte. Die Hauptabsicht war: Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation der Steinarbeiter. Bisher ist das vorübergegangen. Hoffentlich ziehen unsere Kollegen in dem Bezirk daraus die Schlußfolgerungen.

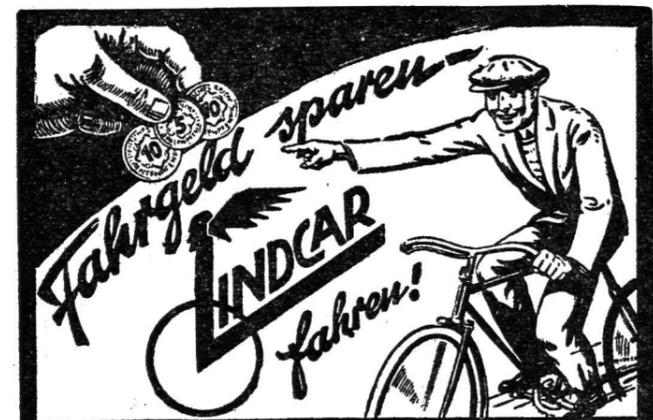
Bisher 18 Milliarden Reparationsleistungen. In der Abschließung der Reparationskommission wurde bekanntgegeben, daß Deutschland bisher insgesamt 18 Milliarden Goldmark gezahlt habe. Und zwar 2 1/2 Milliarden in Form von abgetretenen Staatsgütern, 9 1/2 Milliarden an Sachlieferungen oder ähnlichem und 6 Milliarden an Barzahlungen. Die Auffassungen gehen hier auseinander. Deutschland ist der Meinung, daß seine Leistung wesentlich größer war. — Aber ob mehr oder nicht, diese Feststellungen sagen, daß diese 18 Milliarden aus dem Wirtschaftsförder Deutschlands herausgezogen wurden, ähnlich wie man früher im Heilverfahren „Schripfköpfe“ ansetzte, die dem menschlichen Körper Blut entzogen. Kein Wunder, daß nach einem solchen Aderlaß die deutsche Wirtschaft im weitesten Sinne des Wortes schlapp und krank geworden ist.

Beitragsinterziehung in der Sozialversicherung. Es gibt Unternehmer, die so gewissenlos sind, die Beiträge für die Sozialversicherung einfach nicht abzuführen oder für sich zu verwenden. Nach der Reichsstrafgesetzbuch wurden 1925 wegen derartiger Vergehen 747 Verurteilungen. Im Jahre 1927 waren sogar 3717 Verurteilungen notwendig. Wenn das so weiter geht, dann können die Sozialversicherungsbeiträge ernsthaft in Gefahr kommen. Aus diesem Grunde hat der preussische Justizminister eine Verfügung erlassen, wonach diesen Vergehen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Der Minister ersucht die Strafverfolgungsbehörden, bei ihren Anträgen zum Strafmaß auf die Höhe der vorenthaltenen Beiträge Gewicht zu legen und den Umfang des dem Versicherungsträger zugefügten Schadens zu beachten, der diesem daraus erwächst, daß er seine Leistungspflichten erfüllt, dabei aber in Gefahr kommt, seine Rechte zu verlieren. — Diese Aufmerksamkeit der Behörden gegenüber den gewissenlosen Beitragsinterziehern ist zu begrüßen.

Die Ruhrzweigen schreien nach Staatshilfe. Keine Gruppe wehrt sich so gegen die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen als die Herren von Kohle und Eisen. Dies gilt jedoch nur, wenn ihnen daraus kein Vorteil erwächst. Anders ist es dagegen in Fällen die den Unternehmern nützen können. Dann weiß man sich sehr wohl der Macht des Staates zu erinnern. Seit Wochen wird um das Zustandekommen des Ruhrkohlenabkommens verhandelt. Wie auch zu früheren Zeiten, sind die Kohlenzweigen und Konzerne nicht so ohne weiteres unter einen Hut zu bringen. Mehr als 90 v. H. sollen den neuen Syndikatsvertrag zu unterschreiben bereit sein. Ein Syndikat ist aber nur dann von Vorteil, wenn alle Unternehmungen Mitglied sind. Dem Reichswirtschaftsminister war die Entscheidung überlassen. Dieser hat jedoch die Bildung eines Zwangs syndikats abgelehnt und den Zechen ausgegeben, noch einmal zu verhandeln. Darob ist man seitens der Zechenmehrheit sehr erbost. Der Staat soll das bringen, was Verhandlungskünste nicht zu schaffen vermöchten. Es gilt festzuhalten, daß die Ruhrherren die Möglichkeit des Staatseingriffs in das Wirtschaftsleben als notwendig erachten.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Infolge Einführung der Invalidenunterstützung am 1. Juli 1930 macht sich wiederum ein Wechsel der Beitrags- und Erwerbslosenmarken notwendig. Deshalb werden alle Verbandsmitglieder ersucht, ihre Mitgliedsbücher bis zum Ablauf der 26. Kalenderwoche restlos in Ordnung zu bringen. Ab 27. Woche dürfen nur neue Marken verwendet werden. Wenn trotzdem noch alte Marken geklebt werden, werden diese Marken auf die Anwartschaft zur Invalidenunterstützung nicht in Anrechnung gebracht. Auf den neuen Marken sind die 10 Pfennig Beiträge für Invalidenunterstützung besonders aufgedruckt. Neue Marken werden erst dann geliefert, wenn mit den alten restlos abgerechnet ist. Es kann deshalb nicht auf Nachzügler gewartet werden. Die Zahlstellentafflierer sind verpflichtet, pünktlich abzurechnen, damit die gewissenhaften Beitragszahler mit den neuen Marken nicht in Verzug kommen!



1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate

LINDCAR-FAHRRADWERK
Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

Unternehmen der Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

Die günstige Lage der Reichsbank. Die deutsche Reichsbank wird nach wie vor nur gering in Anspruch genommen. Von einer Ultimoanpannung bei dem Monatswechsel Mai-Juni war kaum etwas zu merken. Beachtenswert sind die stärkeren deutschen Goldkäufe. Ueber den Status der Reichsbank sollen folgende Zahlen unterrichten in Millionen Mark:

	Mai 1929	Oktober 1929	Januar 1930	Mai 1930
Goldbestand	1764,5	2229,1	2297,1	2591,1
Devisenbestand	299,1	358,9	397,1	350,8
Wechsel und Schecks	2860,0	2449,9	2027,9	1873,8
Notenumlauf	4606,4	4833,0	4653,2	4812,5
Gesamter Geldumlauf	6309,6	6422,7	6150,0	—

Diese Ziffern lassen erkennen, daß der Goldbestand innerhalb eines Jahres um 800 Millionen Mark gestiegen ist. Der Devisenbestand bewegt sich ebenfalls auf einer ziemlich hohen Höhe. Der Posten Schecks und Wechsel läßt erkennen, wie gering die Reichsbank seitens der Wirtschaft beansprucht wird. Der Geldumlauf erfuhr nur eine geringfügige Senkung. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel 1929 ein Geldumlauf von 100 Mark. Setzt ungefähr 97 Mark. Dieser Rückgang des Notenumlaufs ist aber unwesentlich. Im ganzen zeigt die Reichsbank, daß sie der Wirtschaft helfen könnte, wenn beide sich in den Dienst eines Konjunkturaufstiegs stellen würden. Das dieses nicht geschieht, gehört zu dem Unfaßbaren in dieser trostlosen Arbeitsmarktlage.

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

Die nach Tarif II a der Volksversicherung und nach Tarif O der Lebensversicherung Versicherten nehmen an den erzielten Jahresüberschüssen nach Maßgabe ihrer Jahresprämie teil. (Die Prämien des Tarifs I der Sterbegeldversicherung sind so niedrig berechnet, daß die nach diesem Tarif Versicherten Gewinne nicht erwarten können.) Die Höhe des Ueberschusses wird in der Hauptsache durch drei Faktoren bestimmt: durch Zinsgewinn, Sterblichkeitsgewinn und den Gewinn aus der Erparnis an Verwaltungskosten.

Zinsgewinn wird dadurch erzielt, daß die für die Zwecke der Kapitalanlage bestimmten Gelder zu einem höheren Zinssatz angelegt werden können, als bei der Berechnung der Prämien angenommen werden konnte.

Ein Sterblichkeitsgewinn entsteht dadurch, daß die tatsächliche Sterblichkeit eines Jahres günstiger verlaufen ist, als nach der angewandten Sterbetafel zu erwarten war.

Ein Gewinn an den Verwaltungskosten tritt ein, wenn es der Gesellschaft gelingt, die Geschäftskosten auf ein geringeres Maß herabzuzuschrauben, als rechnungsmäßig vorgesehen war.

Eine Erklärung dafür, daß derartige Differenzen zwischen den tatsächlichen Ausgaben und den Rechnungsgrundlagen der Gesellschaft überhaupt entstehen können, ist darin zu erblicken, daß letztere angesichts der Langfristigkeit der Versicherungsverträge (bis zu 40 Jahren) allen Eventualitäten während der ganzen Dauer der Versicherung (anormale Sterblichkeit, Zeiten der Teuerung usw.) gewachsen sein müssen. Diese vorsichtige Tarifpolitik kommt in den Jahresabschlüssen, die zum allergrößten Teil in Form von Gewinnanteilen an die Versicherten zurückfließen, zum Ausdruck.

Da die Volksfürsorge an Verwaltungskosten wesentlich weniger verbraucht als die übrigen Gesellschaften, wurde erreicht, daß sie unter den 64 bestehenden Gesellschaften in bezug auf die Billigkeit der Verwaltung mit an erster Stelle steht, trotzdem sie in der Hauptsache nur die verwaltungstechnisch an sich teure Volksversicherung betreibt, die von den meisten der übrigen Gesellschaften überhaupt nicht geführt wird.

Diese Sparsamkeit in Verbindung mit den anderen Gewinnfaktoren hatte zur Folge, daß die Volksfürsorge schon gleich nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres nach der Inflation (1924) ihren Versicherten aus dem Ueberschuß beachtliche Gewinnanteile gutschreiben konnte, die schon in den beiden nächsten Jahren stiegen, um sich dann auf ihrer Höhe zu halten.

Folgende Uebersicht möge dies veranschaulichen:
Gewinnanteile.

	Volk		Leben	
	in Prozent der Jahresprämie	in RM. rund	in Prozent der Jahresprämie	in RM. rund
1924	10	340 900,—	20	55 400,—
1925	20	1 019 800,—	25	161 600,—
1926	25	1 791 800,—	25	219 600,—
1927	25	2 545 000,—	25	292 300,—
1928	25	3 893 300,—	25	411 100,—
1929 voraussichtl.	30	7 689 585,—	voraussichtlich 35	742 014,—

Die den einzelnen Versicherten zufließenden Gewinne, Gewinnanteile genannt, werden bei der Volksfürsorge mit einem Zinssatz verzinst, der etwas unter dem für die Kapitalanlage der Gesellschaft jährlich ergebenden durchschnittlichen Zinssatz liegt, und mit den Zinsen und Zinseszinsen bei einer Versicherungsleistung ausgezahlt. Die antragsmäßige Versicherungssumme erfährt dadurch, je nach der Dauer der Versicherung und je nach der Höhe der einzelnen Jahresüberschüsse, eine mehr oder minder bedeutende Erhöhung.

Das Einkommen der Arbeiter und der andern. Es sieht sehr traurig aus mit der Einkommensentwicklung der Arbeiterklasse. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabzüge usw. lassen ihre Wirkung sehr deutlich erkennen. Das Institut für Konjunkturforschung untersucht in dem letzten Vierteljahrsheft die Entwicklung des Einkommens bei den Arbeitern, den Unternehmern und den Kapitalbesitzern. Infolge der Arbeitslosigkeit war die Zahl der Einkommenbezieher bedeutend kleiner als vor einem Jahre. Der konjunkturelle Einkommenverlust wird zum überwiegenden Teil von der industriellen Arbeiterklasse getragen. Das Institut sagt hierüber folgendes: „Wie stark hier die Lohnausfälle infolge der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gegenwärtig sind, läßt sich an Hand folgender Zahlen am deutlichsten erkennen: ... Die Kaufkraft der Bevölkerung, für die das Einkommen der Industriearbeiterklasse die ausschlaggebende Rolle spielt, wird daher durch die Krise auf dem Arbeitsmarkt scharf in Mitleidenschaft gezogen. Nicht berücksichtigt ist außerdem, daß etwa 1,4 Millionen Industriearbeiter infolge der Kurzarbeit über mehr oder weniger verminderte Einkommen verfügen.“

Diesen amtlichen Feststellungen braucht nicht hinzugefügt zu werden. Bezüglich des Einkommens der Unternehmer wird auf die sinkende Produktion, verminderten Absatz und rückgängige Preise hingewiesen. Dem stehen aber Minderung der Lagerhaltung, niedrige Rohstoffpreise und seit langem gleichbleibende oder infolge Leistungssteigerung herabgesetzte Löhne gegenüber. Daraus wird der Rückgang der Verkaufserlöse nach Meinung des Konjunkturinstituts etwas, nach unserer Meinung aber mehr als ausgeglichen. Was das Vermögenseinkommen anbelangt, so ist hier das Aufkommen der Kapitalertragssteuer ausschlaggebend. In den ersten vier Monaten 1930 lag es nun um 5,3 v. H. über dem Vorjahre. Es ist also eine nicht unwesentliche Einkommenserhöhung zu verzeichnen während einer Zeit, wo das Einkommen der Massen schwere Einbußen aufzuweisen hatte. Auch hieran ist zu sehen, daß die Last der Krise in erster Linie von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen werden muß. Und dies zu einer Zeit, wo nichts dringender als Kaufkraftsteigerung wäre.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Verammlungen:

Am 22. Juni in Kolberg um 9 Uhr bei Guhke, Stettiner Straße. — In Darkehmen um 9 Uhr bei Bernotat. — In Steinau a. d. O. um 9 Uhr „Im Kronprinzen“.

Am 29. Juni in Sorau um 9 1/2 Uhr bei Günzel, Triebeler Straße.

3. Gau. Wegen plötzlicher Erkrankung des Gauleiters, Kollegen Willi Mühlke, hat dessen Vertretung der Kollege Joseph Eisner übernommen. An der Gauadresse hat sich jedoch nichts geändert; Zuschriften sind nach wie vor an die Büroadresse des Kollegen W. Mühlke, Dresden-A. 21, Auenstr. 6, zu adressieren. Der Verbandsvorstand erwartet, daß zur Regelung örtlicher Vorkommnisse vor allem die zuständigen Bezirksleiter herangezogen werden.

Eine Arbeitsberechtigungskarte für Kollegen des Steinschlagwerkes haben eingeführt: Wulsdorf-Wefermünde, Geestemünde-See, Marienwerder (Dtpz.), Chemnitz.

Die totale Reiseunterstützung wurde aufgehoben in Braunschweig, Bergedorf b. Hamburg, Chemnitz.

Die große örtliche Arbeitslosigkeit veranlaßt viele Zahlstellenvorstände, zu verlangen, daß der Zugang ferngehalten wird. Dieses Verlangen kann in der jetzigen Berufslage nicht erfüllt werden. Solche Notizen können nur Aufnahme finden bei Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Unternehmer. — Jedes Verbandsmitglied hat nach wie vor die Pflicht bei Zureise, ehe am Ort nach Arbeit umgesehen wird, sich beim Zahlstellenvorstand nach den örtlichen Arbeitsverhältnissen zu erkundigen. Wer das unterläßt, hat die Folgen zu tragen; denn der Solidaritätsbegriff erstreckt sich nicht nur auf gewerkschaftliche Kampfhandlungen.

Querfurt. Der Steinseher Fritz Bachmann, Buchn. 77 359, hat sich außerhalb unserer Reihen gestellt, indem er seinen Beitragsverpflichtungen, trotz öfteren Aufforderungen nicht nachgekommen ist. Andere Zahlstellen dürfen ihn nicht aufnehmen.

Adressenänderungen

- Gau: Gumbinnen. Vorl.: Otto Kroed, Königstraße 50.
- Gau: Hohenau. Postadresse: Hohenau/Goldberg (Schlesien) Land.
- Gau: Barnen. Vorl.: Fritz Beder, Südstr. 25; Kass.: Ernst Schrahe, Weiskotter Straße 112a. — Hamborn. Vorl.: Johann Thimm, Hamborn-Bruchhausen, Albrechtstraße 41.
- Gau: Albersweiler. Kass.: Heinrich Sold, Friedhoffstraße 2, I.
- Gau: Berghahn. Postbezeichnung: Post Willmentrod.

Briefkasten

H. W. Die Goldbedeutung und ebensolche Einlösungspflicht der im Umlauf befindlichen deutschen Geldnoten bezieht sich selbstverständlich nicht nur auf die Noten der gültigen Währung und besagt, daß unsere deutsche Geldwirtschaft an sich durchaus gesund ist. Die früheren Noten aus der Vorkriegs-, Kriegs- und Inflationszeit sind ungültig und haben, wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt von Wert sprechen kann, lediglich nur Sammlerwert. Jede gegenteilige Auffassung beruht entweder auf Unkenntnis der Währungsregeln oder es ist beabsichtigter Schwindel bzw. Betrug bei denen, die nie alle werden (Dumme).

Die Einlösung deutscher Geld-Kriegsnoten in Belgien ist eine rein politische Sache und eine Verpflichtung aus dem Brüsseler Friedensvertrag. Obgleich bei der Aufhäufung dieser Noten in Belgien viel Schiebung und Ungerechtigkeiten inbegriffen sind, konnte sich Deutschland der Einlösung nicht entziehen.

Anzeigen

Gesetzler, geübter
Steinsäger

der sich mit den Diamant-Kreissagen auskennt, findet gute Beschäftigung in einem Steinwerk in der Schweiz. Offerten unter Chiffre F 2473 Z an Publicitas, Zürich (Schweiz)

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., Maurersocken 1.20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.—, II 13.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Hamburg am 4. Juni der Rammer Ernst Poppenberg, 63 Jahre alt, 3 Wochen krank, Blutsturz.

In Kirschhausen am 6. Juni der Granitsteinmetz Franz Hilbrand, 58 Jahre alt, 1 Jahr 2 Wochen krank, Rheumatismus und Magengeschwür.

In Blauberg am 6. Juni der Granitsteinmetz Xaver Rambauer, 28 Jahre alt, 4 Monate krank, Lungenleiden.

In Weissenstadt am 7. Juni der Schleifer Christian Ruckdäschel, 66 Jahre alt, 3 Jahre krank, Herzleiden.

In Striegau am 10. Juni der Granitsteinmetz Fritz Anders, 52 Jahre alt, 7 Wochen Lungenleiden.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Internationaler Bericht

vom 1. Quartal 1930

Tschechoslowakei (Bau-, Stein- und Keramarbeiter). Der Mitgliederbestand vom Ende 1929 hat sich auch im 1. Quartal auf gleicher Höhe gehalten. Der Lohnvertrag für die Schotterarbeiter in Kloben (Bezirk Falkenau) wurde um ein Jahr verlängert. Für das Basalterschotterwerk in Warta bei Karlsbad wurde ein Kollektivlohnvertrag mit einer Lohnerhöhung von 10 Heller pro Stunde abgeschlossen. Die Verhandlungen waren sehr beschwerlich und haben mehrere Wochen gedauert. In Micholup bei Teplitz haben sich die Arbeiter eines Schotterwerkes unserer Organisation angeschlossen. Für sie konnte ein Lohnvertrag mit einer Lohnerhöhung von 60 Heller pro Stunde abgeschlossen werden.

Ueber Vorkommnisse im Verband ist nichts besonderes zu berichten. Nur eine Erwähnung finden, nämlich, daß die kommunistischen Steinarbeiter die kommunistische Gewerkschaft verlassen und zum Teil zu uns kommen, weil daselbst wegen Geldmangel die Unterstützungsauszahlung eingestellt wurde.

Die Konjunktur in der Steinindustrie wird von allen Bezirken des Verbandes als schwach bezeichnet, da die allgemeine Krise auch in diesem Staate ihren Einzug gehalten hat und schon viele Fabrikbetriebe reduziert oder gar stillgelegt wurden. Dadurch ist die Baukonjunktur ebenfalls schwächer. Pflastersteinindustrie ist vorläufig beschäftigt, ebenso die Schotterwerke.

Trotz Schaffung eines kurzfristigen Bauförderungsgesetzes ist, außer der Belebung der Straßenbauindustrie, wohl kaum anzunehmen, daß sich der Lebensstandard der Steinarbeiter bessern wird. Der Versuch, Lohnerhöhungen zu erzielen, wird überall von unserem Verband beachtet.

Dänemark. Mitgliederzahl 796. Die Konjunktur war eine gute, die Arbeiten, selbst Außenarbeiten, konnten stets fortgesetzt werden, deshalb war die Arbeitslosigkeit keine große.

Die Lohnverhandlungen sind abgeschlossen mit dem Resultat einer allgemeinen Aufbesserung für sämtliche Mitglieder. Der Stundenlohn der Steinhauer hat sich um 3 bis 6 Öre erhöht, der der Werkzeugschmiede um 6 Öre, in der Straßenbaubranche macht die Lohnerhöhung ebenfalls 6 Öre aus. Außerdem wurden die Akkordpreise für Granit und Sandstein erhöht, und zwar durch einen Zuschlag von 5 Prozent auf die Grundpreise. Für Steinbrecher und -spalter wurden die Akkordpreise um 3 Prozent, die der Pflastersteinarbeiter um 6 Prozent erhöht. Die neuen Tarife gelten bis 1. April 1931. Preisindex ist 170, somit eine Reduktion um 7 Punkte.

Die Konjunkturaussichten sind unsichere.

Oesterreich. Die Mitgliederzahl beträgt 5359, davon sind Steinhauer 2211, Steinschleifer 91, Steinsetzer 288, Kalk- und Schotterarbeiter 265. Die übrigen von verschiedenen Berufsgruppen.

Tarifverträge bestanden Ende 1929 folgende:

Table with 4 columns: Gau, Verträge, Beschäftigte, Betriebe. Rows include Kärnten, Niederösterreich, Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg, Wien, and a total row.

Belgien. Der Streik im Steinbruch Duchateau meyergrins, der am 1. Februar 1928 ausgebrochen war, dauert weiter. Der Streik in den Steinbrüchen von Dave, der seit 25. Oktober andauert, konnte zur Befriedigung der Beteiligten erledigt werden.

In Brüssel sind 400 Steinhauer am 5. März in den Streik getreten, weil die Unternehmer die vereinbarte Lohnerhöhung von 8 Prozent ungenügend durchgeführt hatten.

Die Mehrzahl der Bewegungen wurde ohne Streik erledigt, so erreichten wir in den Steinbrüchen des Bezirkes Ecaussines Feluy eine Lohnerhöhung von 4 Prozent auf die Löhne von 1929, Lüttich 5 Prozent, Namur 15 Centimes pro Stunde.

In Quenast (Porphyrbrüche) wurden 2 Prozent auf die Löhne von 1928 erreicht.

Die Gesamtbilanz über die Lohnerhöhungen von 1929 bietet ein befriedigendes Bild.

Am 1. Januar 1930 zählten wir 21 480 Mitglieder. An diesem Datum waren 616 krank, 225 im Militärdienst; 788 der Mitglieder waren unter 18 Jahre alt.

Eine große Zahl ausländischer Arbeiter ist zur Zeit in den Steinbrüchen von Quenast beschäftigt.

Ungarn. In unserem Verband änderte sich in letzter Zeit die Mitgliederzahl nicht, obschon eine Zahlstelle hinzukam, die im Monat Februar errichtet wurde. In den Lohnverhältnissen traten große Veränderungen ein. In Szegedin hatten wir eine fünfjährige Aussperrung und mußten in eine 5prozentige Lohnreduktion einwilligen. Dies benutzen die Arbeitgeber von Kecskest, die ebenfalls Granitgrabbmäler erzeugen, dazu, die Löhne ebenfalls um 5 Prozent zu reduzieren, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben. Wir konnten auch dies nicht verhindern.

In Budapest benutzen die Kunststeinfabrikanten die schlechte Konjunktur dazu, den erst nächsten Jahr ablaufenden Vertrag zu kündigen. Der Grund zur Kündigung war der „hohe“ Lohn, infolgedessen sie keine Arbeit erlangen können. Nach zweiwöchiger Verhandlung waren wir gezwungen, auch hier in eine 10prozentige Lohnreduktion einzuwilligen, um den Vertrag, der uns viele andere Vorteile gibt, aufrechterhalten zu können. So wurde der einheitliche Lohn von 1,34 auf 1,23 Pengö reduziert.

Lohnbewegungen arrangieren jetzt nur die Arbeitgeber, die die noch nie dagewesene schlechte Konjunktur zu ihrer Bereicherung ausnützen und so auf den Plan treten, wie die Leichenräuber nach einer großen Schlacht. Es ist zu befürchten, daß die Arbeitgeber in den übrigen Orten dasselbe tun, und wir sind gegenwärtig viel zu schwach, solchen Angriffen entgegenzutreten zu können.

Infolge der schlechten Konjunktur und der großen und langen Arbeitslosigkeit ist die Verbandskasse ganz erschöpft, die Mitglieder ebenfalls. Um die Organisation zu retten und die Mitglieder zu erhalten, mußten wir den Beitrag von 3,20 auf 1,70 Pengö herabsetzen und die Arbeitslosenunterstützung suspendieren. Schon der Winter 1928/29 brachte eine noch nie gesehene Arbeitslosigkeit, aber der Winter 1929/30 übertraf ersteren in jeder Beziehung. Im Winter 1928/29 war die Arbeitslosigkeit eine 52prozentige, im jetzigen Winter war sie eine 84prozentige und beträgt jetzt noch 61 Prozent. Die Mehrzahl der Arbeitslosen ist schon fünf bis sechs Monate hindurch ohne Arbeit. Es ist ein Rätsel, von was die Kollegen leben. Die Regierung steht allem gleichgültig gegenüber und tut nicht das geringste, um die Not, das Elend zu lindern. Keine Arbeit, keine Unterstützung. Unsere Mitglieder fristen ihr Leben von der Verbandsunterstützung, die jedoch nach Ablauf von acht Wochen erschöpft ist.

Dabei ist noch keine Aussicht auf eine Aenderung vorhanden. Es finden Demonstrationen statt, die aber durch die Polizei mit Säbel und Revolver auseinandergeschlagen werden. Es ist zu befürchten, daß es noch zu Blutvergießen kommt.

Schweiz. Die Konjunkturverhältnisse haben sich im Laufe des 1. Quartals ziemlich gebessert, dafür aber setzen in den großen Städten größere Bauarbeiterbewegungen ein. Die Baulage änderte sich plötzlich. Angesichts der Furcht vor kommenden Streiks wurde mit der Bauerei nach Möglichkeit zurückgehalten und nur noch die allernotwendigsten Arbeiten ausgeführt. Diese Situation beeinflusst in nicht günstiger Art die Konjunkturverhältnisse im Steingewerbe. Es trat eine Stockung ein mit teilweiser Arbeitslosigkeit. Jetzt müßte weitere Zuwanderung von auswärtig zurückgehalten werden.

Verschiedene Bewegungen der Steinarbeiter waren aber schon vorher eingeleitet worden und konnten durch die eingetretene Stockung nicht mehr erledigt werden. In der Grabmalbranche handelte es sich zwar nur um zwei Bewegungen zur Durchführung bestehender Verträge. Bei den Steinhauern im Muschelkalkgebiet gelang es, zwei Bewegungen, die mit Lohnerhöhungen endeten, durchzuführen, ebenso konnten in zwei Kunststeinbetrieben Arbeitsverträge mit ansehnlichen Verbesserungen durchgedrückt werden. In St. Margrethen besteht ernstlich die Absicht, den Akkord, der hier noch einzig besteht, abzuschaffen. In Basel werden Vertrag und Lohnerhöhungen verlangt, in Bern die Ferien für alle Steinarbeiter. Die Unternehmer verhandeln meist nur noch durch ihre Organisationsvertreter.

Wie sich die Situation noch gestalten wird, ist nicht ersichtlich, es liegt die Möglichkeit nahe, daß gewisse größere Arbeiten, die bereits bewilligt sind, dieses Jahr überhaupt nicht mehr zur Ausführung kommen.

Holland (Steinsetzer). Aus dem Jahresbericht entnehmen wir: Zahl der Sektionen 52, die Mitgliederzahl ist von 515 auf 1015 gestiegen. Ein großer Teil der Mitglieder erhält nebst der üblichen Unterstützung mehrere Wochen Ferien und nach gewissen Dienstjahren eine Pension in Höhe von 25 bis 40 Gulden pro Woche.

Im letzten Jahre wurden fünf Aktionen durchgeführt, der Streik in Rotterdam dauerte 4 1/2 Monate und endete mit Lohnerhöhungen von 10 bis 15 Gulden pro Woche. Der Vertrag für die Arbeiter der Staatsstraßen wurde in seinen Lohnpositionen um 1/3 bis 1/4 erhöht. Die Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden pro Tag, Sonnabend frei, wird allgemein innegehalten.

Mit den Behörden, seien es lokale, provinzielle oder staatliche, ist ein gutes Zusammenarbeiten möglich.

In längeren Ausführungen bespricht der Bericht den Verkehr mit dem Bauarbeiterverband, dem Verband des Personals in den Gemeinde- und Staatsbetrieben, und kommt dabei zum dem Schluß, daß eine Vereinheitlichung im Lande unbedingt kommen müsse, wenn auch hierfür noch geraume Zeit vorübergehen wird. Es wird darauf verwiesen, daß beispielsweise in De Haag noch verschiedene Organisationen bestehen, aber auch die denkbar schlechtesten Lohnverhältnisse.

Eifrig befaßt sich der Verband mit den Fragen der Fachausbildung, des Lehrlings- und Diplomwesens.

Holland (Steinarbeiter). Für die Steinhauer wurden Verhandlungen über die Lohnfrage geführt, es wurde eine solche von 2 Cent bewilligt, die Ferien wurden von 3 Tagen auf 4 1/2 Tage verlängert. Die Krankenunterstützung war bisher gegenseitig durch Kollektivvertrag geregelt, es wurden für die Maximaldauer von 13 Wochen 70 Prozent des Lohnes bezahlt. Heute ist nun ein Landesgesetz in Kraft getreten, nach dem der Arbeiter 80 Prozent des Lohnes erhält und zwar bis zur Dauer von 26 Wochen. Sechs Feiertage werden seitens der Unternehmer ebenfalls mit dem vollen Lohn bezahlt.

Internationales Steinarbeitersekretariat. Kolb - Zürich.

SUM PROBLEM DER AMERIKANISCHEN ARBEITSLOSIGKEIT

Aus der Tatsache des wie überall so sich auch in Amerika aus der Arbeitslosigkeit ergebenden Elends sind in der letzten Zeit in mehreren Artikeln Schlüsse gezogen worden, die u. E. doch etwas weit übers Ziel hinausschießen, etwas zu voreilig die soziale Revolution als in Amerika bevorstehend hinstellen. Diese Berichte kommen bezeichnenderweise aus Newyork. Alle, die einmal in Newyork gewesen sind, müssen, wenn sie vor allem in Newyork im Frühjahr oder Winter zum erstenmal das Land der ewigen Prosperität, Amerika, betreten, zunächst den Eindruck bekommen, daß für Amerika die Gefahr einer sozialen Revolution ebenso groß sei wie in Europa. Toll ist, was sich auf den Straßen der Hauptstadt des Landes der ewigen Prosperität abspielt, wieviel Bettler von Tür zu Tür gehen, auf der Straße Streichhölzer anbieten, wie zerlumt viele umherlaufen. Toll ist es, zu beobachten, wie die Arbeitslosen die ersten Morgenblätter um 1 Uhr morgens zu erreichen suchen, ohne an Schlaf denken zu können, dann ihren „Schlachtplan“ entwerfen, wie sie ab 4 Uhr, 5 Uhr morgens an den angebotenen Stellen nach Arbeit suchen wollen. Niederdrückend wirkt auf jeden ein Gang durch die 6. Avenue, wo in Zeiten der schlechten Konjunktur, wie jetzt, die Arbeitslosen sich in großen Scharen vor den dort befindlichen Arbeitsnachweiser einfinden. Wehlich liegen die Verhältnisse in Chicago. Doch gibt es außer diesen beiden großen Zentren kaum noch andere Städte, wo wir einen ähnlichen trübseligen Eindruck von der sozialen Lage des Landes empfangen.

Ueberaus leichtfertig ist es, von diesen Newyorker und Chicagoer Verhältnissen auf Amerika insgesamt zu schließen. Vielmehr ist es notwendig, auf die besonderen Ursachen dieses Elends in Newyork und Chicago hinzuweisen. Wer sind denn diese Arbeitslosen in Newyork und Chicago? Es sind vor allem die Immigranten, hört man doch bezeichnenderweise in der 6. Avenue alle Sprachen der Welt, aber kaum englisch. Sie, die Immigranten, die nach Amerika als dem Land der Verheißung gekommen sind, aber meistens kein Englisch gelernt haben, stehen jetzt in Newyork, wo ihre Unkenntnis des Landes und der Sprache selbstverständlich ausgenutzt werden, dem Kampf des Lebens absolut hilflos gegenüber. Sie bleiben in Newyork hängen, trotzdem auch in den Zeiten der besten Konjunktur die Newyorker Stadterwaltung vor Zugang nach Newyork warnt, darauf hinweist, daß das Angebot an Arbeitskräften auch bei bester Konjunktur nur in Ausnahmefällen in Newyork absorbiert werden kann; sie müssen in Newyork hängen bleiben, weil sie einfach nicht weiter können und nicht weiter wissen. Sie fallen hier der Bettelei oder der sozialen Fürsorge anheim.

Bücher und Zeitschriften

Clemens Körpel. Reichsarbeitsgericht-Rechtsprechung zum arbeitsgerichtlichen Verfahren. 104 Seiten Text, mit Schreibpapier durchschossen. Berlin 1930. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin E. 14, Jänischstraße 6. Gebunden 3,50 M., kartoniert 2,75 M., Organisationspreis gebunden 2,50 M., kartoniert 2 M. Der Verfasser verfolgt mit seiner Broschüre den Zweck, den mit vielerlei Aufgaben überlasteten Gewerkschaftsfunktionären wenigstens die Sorge um die Kenntnis der Verfahrensbestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Zivilprozessordnung weitgehend abzunehmen, damit sich die Gewerkschaftsfunktionäre in erster Linie ihren wichtigeren anderen Aufgaben, vor allen Dingen auch der Kenntnis und Durchsetzung des materiellen Rechts widmen können. Anders als im materiellen Recht, wo grundsätzliche Erkenntnisse unbedingt erforderlich ist, genügt für den Gewerkschaftsfunktionär im Verfahrensrecht meist schon die Kenntnis der Auffassung des Reichsarbeitsgerichts, um danach zu handeln und auf diese Weise Fehler zu vermeiden. Ob die Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen zum Verfahrensrecht auch rein juristisch einwandfrei sind, spielt für den Gewerkschaftsfunktionär regelmäßig keine besondere grundsätzliche Rolle. Man muß zum Beispiel nur wissen, wie und welche Art Klagen man führen kann, wie der Entlassungsbeschluß aus dem Betriebsratsgesetz Verfahrensmäßig durchzuführen ist, wie die Geschäftsführungsstreitigkeiten aus dem Betriebsratsgesetz verfahrensmäßig durchzuführen sind, wie die Prozessvertretung zu handhaben ist, wie man Berufigungen der Urteile durchsetzen kann, welche Fristen man einhalten hat usw. Ueber alle diese Zweifelsfragen liegen Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts vor. Wenn man sie kennt, kann man Rechtsfälle vor den Gerichten vermeiden. Die sämtlichen Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen zum arbeitsgerichtlichen Verfahren, die es überhaupt gibt, sind in der Broschüre berücksichtigt worden. Es ist großer Wert darauf gelegt worden, die einzelnen Materien so durcharbeiten, daß ein in sich abgeschlossenes, klares Bild entsteht. Die einzelnen Abschnitte tragen Überschriften, die so gewählt sind, daß sie ebenfalls jeder Gewerkschaftsfunktionär ohne weiteres verstehen kann. Sie sind keinen Gedanken angingen und keiner Erwähnung entnommen. Auf jede juristische Formulierung ist verzichtet worden. Die Entscheidungen über das schiedsgerichtliche Verfahren und die Befehde der Ministerien über die Ausschüsse für Lehrlingsstreitigkeiten sind besonders zusammengefaßt worden. Als besondere Neuerung ist erstmalig in dieser Broschüre je eine Textseite unterbrochen worden durch eine textfreie Seite, die von den Gewerkschaftsfunktionären für Notizen, Nachtragungen und Ergänzungen benutzt werden kann. Aus allen diesen Gründen ist sämtlichen Gewerkschaftsfunktionären die Anschaffung dieser Broschüre sehr dringend zu empfehlen.

find zu einem Leben verdammt, das keineswegs besser ist als das der elendsten Schichten Europas.

Doch dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß jene, die sich in Amerika als Arbeiter festgesetzt haben, sei es, daß sie dort geboren sind, sei es, daß sie infolge guter Vorbereitung ihrer Auswanderung gleich festen Fuß fassen konnten, von dieser ohne Zweifel zur Zeit bestehenden Krise bei weitem nicht so stark erfaßt werden wie etwa Arbeitslose in Deutschland. Wenn sie arbeitslos werden, dann wissen sie, daß es im allgemeinen nur eine Frage von Wochen ist, bis sie neue Arbeit bekommen. Sie werden selbstverständlich wie jeder Arbeitslose vom Suchen nach Arbeit gemüht, leiden unter der Last der Arbeitslosigkeit, aber sie haben doch einen starken Rückhalt, und zwar meistens sogar in Form eines ansehnlichen Bankkontos, während für diese Schichten von Arbeitern, die doch die ungeheure Mehrzahl der amerikanischen Arbeiter darstellt, der für Deutschland typische Zustand: Dauerarbeitslosigkeit, Fehlen jeden Fonds, auf den zurückgegriffen werden kann, unbekannt ist. Für diese amerikanischen Arbeiter liegen die Verhältnisse noch günstiger als für die deutschen der Vorkriegszeit, die doch in der Regel eine kürzere Periode der Arbeitslosigkeit einigermaßen überstehen konnten. Es darf eben nicht vergessen werden, daß für den amerikanischen Durchschnittsarbeiter Arbeitslosigkeit etwas ganz anderes bedeutet als für den deutschen Durchschnittsarbeiter. Ueber diesen grundlegenden Unterschied darf man sich nicht täuschen lassen auf Grund der in den Newyorker Immigrantenvierteln herrschenden sozialen Verhältnisse.

Doch nachdem diese eine Seite des Problems herausgearbeitet ist, herausgearbeitet werden mußte, weil zu viele Fehlschlüsse in der letzten Zeit über die Bedeutung der amerikanischen Arbeitslosigkeit gezogen worden sind, sei jetzt darauf eingegangen, daß gerade in diesem Jahre die amerikanische Arbeitslosigkeit besondere Ausmaße angenommen hat. Während Amerika vor einem Jahr sich im Höhepunkt einer Hochkonjunktur befand, hat es jetzt mit einer schweren Depression zu kämpfen. Auf das gesamte Wirtschaftsleben wirken sich direkt katastrophal die Preisrückgänge für landwirtschaftliche Produkte und für Rohstoffe aus. Die Stärke dieses Preisfalles erzieht man am besten daraus, daß der Index für Agrarprodukte von 107 auf 95, der von Rohstoffen von 99 auf 89 innerhalb eines Jahres gefallen ist. Die kritischen Auswirkungen spiegeln sich deutlich in den schlechten Geschäftsberichten der Unternehmungen wieder. Gegenüber dem allerdings Hochkonjunktur bedeutenden ersten Vierteljahr des Vorjahres erzielten gut 50 führende Firmen des Landes im ersten Vierteljahr dieses Jahres einen um 18 Prozent geringeren Profit. Es würde den Rahmen des Artikels sprengen, auf Ursache und Bedeutung dieser Krise weiter einzugehen. Diese Zahlen sollten nur verständlich machen, daß das jetzige sehr starke Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf eine ausnahmsweise schlechte Konjunktur zurückzuführen ist.

Wie hoch die Zahl der Arbeitslosen ist, weiß niemand, denn die Arbeitslosenstatistik liegt noch völlig im argen. Die Schätzungen schwanken zwischen knapp einer Million und acht Millionen. Bei diesem Mangel an Statistik können selbstverständlich die phantastischen Berichte unkontrolliert erscheinen. Wenn wir aus den doch auch sehr lüdenhaften Angaben der Gewerkschaften und genaueren Angaben mehrerer Städte ein Gesamtbild zu formen versuchen, dann möchten wir die Zahl von drei Millionen als die wahrscheinlichste angeben. Von diesen drei Millionen Arbeitslosen ist die Lage hoffnungslos für die, die keinerlei Rücklage haben, deswegen entweder betteln oder der sozialen Wohlfahrt anheimfallen müssen. Doch diese Zahl ist sehr gering. So gibt Philadelphia die Zahl der Arbeitslosen für März mit 50 000 an, während nur 2500 gehäht wurden, für die eine soziale Notlage als bestehend anzunehmen ist.

Aber immerhin ist in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit als Erscheinung sozialer Not so stark in den Vordergrund getreten, daß die Frage staatlicher Maßnahmen zur Behebung der Not eingehend diskutiert wurde. Vorschläge der Einführung einer Arbeitslosenversicherung sind unterbreitet worden, die amerikanischen Gewerkschaften haben dahingehende Maßnahmen sehr energig gefordert, sie werden unterstützt von arbeiterfreundlichen Organisationen und Persönlichkeiten, wie z. B. von Professor D. W. P. Doch ist es sehr fraglich, ob diese Forderungen durchgedrückt werden können. Hoover hat ja auf diese Forderungen mit einem relativ geschickten Schachzug geantwortet. Er hat gefordert, daß die öffentlichen Arbeiten in verstärktem Maße von den Kommunen und Staaten durchgeführt werden, hat gleiche Forderungen an die Industrie gerichtet und diesbezügliche Konferenzen abgehalten. Es sollen so für den Ausbau öffentlicher Anlagen zwei Milliarden Dollar flüssig gemacht sein. Doch wesentlich als dies ist von Anfang an der psychologische Effekt bewertet worden. Man wollte den Glauben an die amerikanische Prosperität stärken. Dies ist zwar nicht ganz geglückt, denn die USA. haben eine schwere Krise durchgemacht, aber es scheint doch so, daß sie alles gut überstehen werden. Auf jeden Fall sind die Berichte übertrieben, die von den Zuständen in den Newyorker Immigrantenvierteln auf eine kommende soziale Revolution in Amerika schließen.

Immer wieder Steigerung der Betriebsunfälle

Die Betriebsunfälle steigen immer mehr und mehr. Es ist noch gar nicht vorauszuhaben, wann einmal der Zustand eintritt, daß die gewerbliche Arbeit weniger gefährdend ist. Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl derer, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit ihre gefunden Glieder lassen müssen. Es scheint, daß die zunehmende Mechanisierung der Produktion zur Steigerung der Unfallziffer sehr viel beigetragen hat. Der Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg enthält zu dem Thema Betriebsunfälle sehr eindringlich wirkendes Material. In dem offiziellen Mitteilungsblatt des AOKB. Ortsauschuß Hamburg lesen wir hierüber folgendes:

„Besondere Beachtung beanspruchen die mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Betriebsunfälle. Die Zahl beträgt in den letzten Jahren: 1924: 5874, 1925: 8864, 1926: 12 225, 1927: 16 351, 1928: 17 518, 1929: 18 533.

Tödlich verliefen 96 Unfälle. Vermehrte Betriebskontrolle kann immer nur bei der geradezu beängstigenden Steigerung der Unfallziffern gefordert werden. Die weitere Bervollkommnung in der Mechanisierung fordert sehr oft unverantwortlich Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer. Neben vermehrter Betriebskontrolle sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, entsprechend der veränderten Struktur der Betriebe den modernen maschinellen Einrichtungen angepaßte Schutzvorschriften zu erlassen. Wichtig ist, daß von der Gesamtzahl der Betriebsunfälle bei 11 831 Fällen vor Ablauf der dritten Woche die Arbeitsfähigkeit wieder vorhanden war. Bei 85,57 Prozent der Betriebsunfälle war die Arbeitsfähigkeit bis zum Ablauf der achten Woche hergestellt. Die gesamten Kosten der Arbeitsunfähigkeit für diese Unfälle trägt die Krankenkasse, während nur 14,43 Prozent der Gesamtfälle zu Lasten der Berufsgenossenschaften gehen. Die Arbeitgeber können also nicht behaupten, daß sie allein die Lasten der Unfallgefahr des Betriebes tragen. Ein großer Teil des Risikos geht zu Lasten der Krankenkasse, wird also von den Arbeitnehmern selbst getragen. Die gleichberechtigte Mitbestimmung in der Unfallversicherung darf den Arbeitnehmern deshalb nicht länger verweigert werden.“

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß die Krankenkassen den größten Teil der Kosten der Betriebsunfälle zu tragen haben. Besonders unterstreichen möchten wir den letzten Satz des Zitats. In der Unfallversicherung muß recht bald eine Aenderung erfolgen und den Arbeitern bzw. den Gewerkschaften ein Einfluß eingeräumt werden.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Unserer Jugend hohe Sendung

Die Alten sagten: „Das Arbeiterlos ist schmachvoll und drückend, das Elend groß; Wir brauchen ein Bauwerk, das sicher und fest. Der Sturmesnot trotz, keinen Regen durchläßt; Das treulich behütet das Arbeiterheer Vor Unterdrückung und Willkürbegehr. Das Werk ist schwer, doch wir müssen es wagen!“

Und sie legten entschlossen sonder Zagen, Ob auch der Zorn der Herrschenden kitzte Und Verleumdung und Haß die Luft durchschwirrte, Und ob auch die Arbeit mühsam und rauh, Das Fundament zu dem großen Bau. Doch dabei blieb die Arbeit nicht stehen; Bei Hagelschauer und Sturmeswehen Ward mutig das Bauwerk weitergeführt. Als Säulenquadern wurden erkürt Die Freiheit, das Glück und die Brüderlichkeit, Die Freude und wahre Gerechtigkeit — So strebte stolz empor in die Höh' Der Bau der Menschheitsbefreiungs-idee:

Der Bau ist nicht fertig. Die Alten starben, Sie ernteten nicht der Zukunft Garben; Wohl reifte der Same zu kräftiger Blüte, Doch nicht zur Frucht von köstlicher Güte! Drum heißt es heute: Erzhelute vor! Herein durch das weitgeöffnete Tor. Hinein in den Bau zu seiner Vollendung!

Ihr Jungen, erfüllt der Zukunft Sendung! Ihr müht mit euren jungen Händen Den Bau der Menschheitszukunft vollenden! Seid schaffensstark und schaffensbereit In Brudertreue und Einigkeit, Fügt Stein zu Stein aus gebrannter Erden, Der gewaltige Bau muß fertig werden! Laßt eure jungen Kräfte walten, Enttäuscht nicht die große Hoffnung der Alten! Was sie begonnen, ihr sollt es vollenden! Es heiße das Mühen der Alten schänden, Es heiße ihr Lebenswerk vernichten, Wolltet ihr auf den Weiterbau verzichten!

Drum hurtig herbei, ihr Jüngern und Jungen! Ans Werk, voll Eifer und mutdurchdrungen, Zu dem die Alten den Grundstein gelegt Und den Weiterbau sorgsam gehegt und gepflegt! Führt mutig der Zukunft Bau zur Vollendung — Das ist unsrer Jugend hohe Sendung! E. a. f. s.

Fleisch und Knochen

Schon von seinem 18. Lebensjahre an hatte August Steinhart an der Ramme gestanden. Sein athletischer Körperbau hatte ihm den Weg gewiesen, einen Beruf auszuüben, in dem Muskelkraft und Ausdauer Vorbedingung waren. Jahrzehntlang hatte er seine schwere Arbeit zur Zufriedenheit seines Meisters ausgeführt. Er zählte nun schon fünfzig Lenze und seine strotzenden Muskeln waren den Weg alles Irdischen gegangen. Nur seine wetterharte und sonnenverbrannte Haut und das stabile Knochengeriüst hatte er in die zweiten Jahrhunderthälfte herübergerettet. Er hätte nach seiner Ueberzeugung noch einige Jahre die Ramme schwingen können, doch sein Unternehmer war anderer Meinung.

„Steinhart“ sagte dieser eines Tages, „sie sind zu alt zum Rammen, von heute ab können Sie leichtere Arbeit verrichten.“

Die leichtere Arbeit wäre unserem August schon recht gewesen, wenn auch die Bezahlung die gleiche geblieben wäre. Das war aber nicht der Fall und so antwortete er resigniert: „Meister, wenn Sie mein Fleisch gefressen hab'n, kenn'n Sie die Knochen och freissen.“

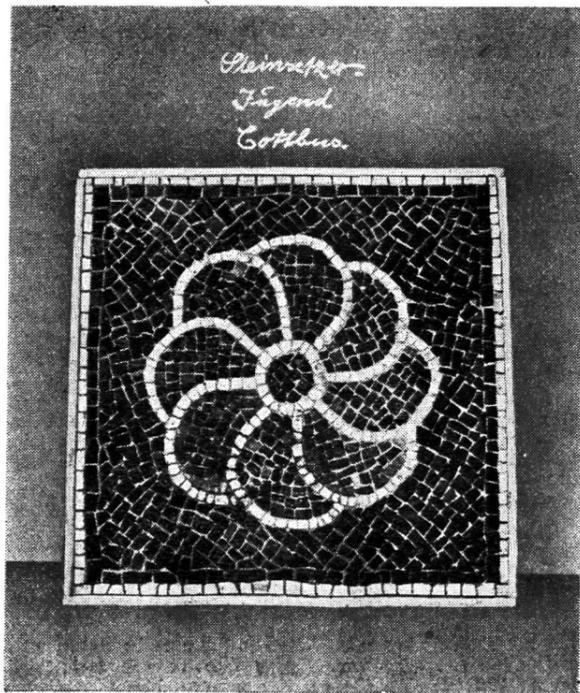
Der Meister fühlte sich durch dieses Argument geschlagen und ließ den alten Steinhart weiter an der Ramme. Em. Sttn.

Baupolizei im alten Rom

Nach dem Neronischen Brande, der im Jahre 64 nach Christi in sechstägigem Wüten von den 14 Regionen der Stadt drei vollständig und weitere sieben zum weitaus größten Teil in Schutt und Asche legte, entstand auf den Trümmern ein neues und prächtigeres Rom. Um nun Brandkatastrophen derart riesigen Ausmaßes für alle Zukunft unmöglich zu machen, wurden die bisherigen baupolizeilichen Vorschriften verschärft und die Neueregulierung des gesamten Straßennetzes in Angriff genommen. Aber die Schwierigkeiten, die einer solchen Regulierung entgegenstanden, waren fast unüberwindlich: die Möglichkeit, das Areal an der Stadtperipherie zu bebauen, war gering, da ein allgemein zugängliches Verkehrsmittel zur Verbindung der Peripherie mit dem Zentrum nicht vorhanden war. Die Folge war also, daß sich die 1,5 Millionen Einwohner, die Rom zu Anfang der Kaiserzeit aufwies — eine Zahl, die sich von Jahr zu Jahr durch unauhalt-samen Zuzug aus allen Teilen der Welt ständig vermehrte — auf ein verhältnismäßig geringes Gebiet zusammenbrängten. So blieben auch nach der Regulierung die Straßen außerordentlich schmal und wiesen durchschnittlich nur eine Pflasterbreite von 3,80 bis 6,50 Meter auf. Dagegen legte die neue Bauordnung die Höhe der Wohnhäuser auf ein sogar für heutige Verhältnisse außerordentliches Maximum von 70 röm. Fuß = 20,72 Meter herab. Interessant ist hierbei ein Vergleich mit neuzeitlichen Vorschriften: Die Berliner Bauordnung von 1860 gestattete nur eine Maximalhöhe von 11,60 Meter bei gleicher Straßenbreite, die Wiener eine solche von 14,10 Meter und die Pariser von 19,95 Meter. Diese Beschränkungen galten für Vorder- und Hinterhäuser, während die römische Baupolizei nur eine Maximalhöhe für Vorderhäuser festsetzte. Die Hofgebäude waren im alten Rom wesentlich höher; das zeigt schon unter anderem ein kurzer Hinweis bei Martial, der von einem armen Schlucker erzählt, der 210 Stufen bis zu seiner Wohnung emporsteigen mußte. Da der ganze Umfang Rom's im Jahre 74 n. Chr. nach den Angaben des Plinius nur 19.536 Meter betrug, die Zahl der Einwohner aber bereits 1,5 Millionen überschritten hatte, kann man sich einen ungefähren Begriff davon machen, wie eng und zusammengedrängt die Bürgerschaft haufen mußte. Die zahllosen Klagen über die furchtbare Wohnungsnot und den daraus resultierenden Mietswucher, die man bei fast allen Chronisten der Zeit findet, sind deshalb ohne weiteres verständlich. So heißt es zum Beispiel, daß ein kleiner Handwerker für Küche und Zimmer durchschnittlich 2000 Sesterzen = 435 Mark Jahresmiete zahlen mußte. Er mußte also über 60 Prozent seines Einkommens für Miete ausgeben, und außerdem alle Reparaturen, die bei dem schlechten Baumaterial, das Verwendung gefunden hatte, sehr häufig waren, aus seiner eigenen Tasche bezahlen. R. C. K.

Ausstellung der Rottbuser Jugend

Die dem Jugendartell der freien Gewerkschaften in Rottbus angeschlossenen Gruppen veranstalteten vom 6. bis 11. April 1930 eine Ausstellung gewerblicher Arbeiten, die von Jugendlichen in ihren Berufsabenden hergestellt worden sind. Hauptzweck der Veranstaltung war: die uns noch fernstehende Jugend, die in Betracht kommenden Eltern und Erzieher sowie auch die gesamte organisierte Arbeiterschaft am Ort und in der näheren Umgebung für die gute Sache zu interessieren. Es sollte der Beweis erbracht werden, daß neben Reifen und Wandern, neben Spiel und Sport unser Hauptaugenmerk auf die Berufsausbildung der Jungkollegen gerichtet ist. Der Beweis ist uns gelungen und der erwartete Erfolg nicht ausgeblieben. Die beteiligten Gruppen hatten sich die größte Mühe gegeben und die Arbeiten ausgestellt die unsere, nicht sehr hoch geschraubten Erwartungen bei weitem übertrafen.



Die Metallarbeiter zeigten uns, von den einfachsten Haushaltsgegenständen angefangen bis zum selbstgebastelten Radioapparat, allerhand schöne Sachen.

An Hand ihrer ausgelegten Arbeiten (man sah unter anderem eine Veranschaulichung des Vielfarbendruckes und sauber ausgeführte Linoleumklischees), führte uns die Buchdruckerjugend in ihre schwarze Kunst ein.

Die Maler hatten einige nette Entwürfe für Raumkunst ausgestellt.

Die Steinarbeiterjugend war ebenfalls vertreten. Diese stellte ein aus mehrfarbigen Mosaiksteinen zusammengesetztes Rosettenmuster zur Schau. (Siehe Bild.)

Auch die Jugend des Baugewerksbundes war mit einigen, aus zierlichen Ziegelsteinen zusammengesetzten Modellen vertreten. Ein von einem Lehrling im ersten Lehrjahr hergestellter Zierbrunnen fiel besonders auf.

Einen geradezu künstlerischen Einschlag hatten die wunderhübschen Intarsien-(Einlege-)Arbeiten der Holzarbeiter. Das aus doch so sprödem Material von Tischlerlehrlingen hergestellte konnte ohne weiteres als „Meisterarbeit“ angesprochen werden.

Der Besuch der Ausstellung war ein äußerst reger und nahm von Tag zu Tag zu, so daß wir noch zwei Tage verlängern mußten. Unter vielen anderen besichtigten auch die Berufsschullehrer mit ihren Klassen die Ausstellung. Eine Anzahl jugendlicher, die unserer Sache noch gleichgültig gegenüberstanden, konnte gewonnen werden. Die maßgebenden Vertreter der Kommune wurden auf uns aufmerksam und versprachen ihre moralische und finanzielle Hilfe. Am 1. Mai siedelte die Ausstellung nach Spremberg über und fand auch bei den dortigen Interessenten großen Anklang. Unsere Steinseher-Jugend-Arbeit konnte aus transporttechnischen Gründen leider nicht mitgehen und wir mußten uns damit begnügen, eine Lichtbildaufnahme davon auszuliegen.

Abschließend noch einige Worte über die ideelle Auswirkung der Veranstaltung: Diese hat uns gezeigt, daß in unserer Jugend Kräfte schlummern, die geweckt werden müssen. Es war wirklich erhebbend anzusehen, wie eine Anzahl jugendlicher durch ihre Arbeiten unbewußt Front machten gegen die immer mehr überhandnehmende, geistestötende Arbeit am fließenden Band. Sie wollen nicht nur eine Nummer im Arbeitsprozeß vorstellen, nicht nur stupid ihre vorgeschriebene Stundenzahl in ihren Betrieben herunterarbeiten, sondern sie wollen auch von dem von der Arbeit ausgehenden Segen etwas verspüren. Nicht nur materiell, sondern auch rein ideell. Wir sind uns bewußt, daß wir augenblicklich nicht in der Lage sind, den Arbeitsprozeß im allgemeinen so zu beeinflussen, daß alle Mitarbeitenden in oben angeführten Sinne auf ihre Kosten kommen. Wir haben auch gar nicht die Absicht, die Erleichterungen, die die Maschine der arbeitenden Menschheit bringt, nicht in vollem Maße auszunutzen. Wir müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suchen, daß der Arbeiter immer mehr zu einem an seiner Arbeit uninteressierten Lohnsklaven herabgewürdigt wird. Daher sollen alle zur Jugendarbeit Berufenen in diesem Sinne auf unsere Jugend einwirken. Um so eher wird ihr die Zukunft bescheert werden, nach der wir Alten schon längst und immer sehnsüchtig Ausschau halten. Em. Sttn.

Sportglossen

Von Dr. med. Warringen.

Sport aus Gesundheitsrücksichten ist für manche Leute etwas Abscheuliches. Die meisten Menschen treiben Sport, weil es ihnen Spaß macht und sie treiben ihn auch dann, wenn sie wissen, daß er sie körperlich ruinieren wird.

Höchstleistungen im Sport sind notwendig, weil sie zur Nachahmung anspornen und das allgemeine sportliche Können fördern und steigern. Nur die Auswüchse eines einseitigen Sports sind zu verwerfen.

Schäden durch den Sport treffen immer nur einzelne, während die Schäden durch bewegungsferne körperliche Verkümmierungen im Kulturleben immer die große Masse betreffen haben.

Mancher Kulturmenschen verlangt von seinem Körper, daß er sich aus geruhigem Leben heraus plötzlich gesteigerten Anstrengungen ohne weiteres anpaßt und wundert sich nachher über Schäden, die durch den Sport an seinem Körper entstanden sind.

Wir Kulturmenschen bedürfen zu jeder Art von Sport einer planmäßigen Vorbereitung, einer systematisch gesteigerten Gewöhnung, damit alle Organe sich in ihrer Kraft der geforderten Maximalleistung entsprechend umgestalten können.

Wird die sportliche Vorbereitung gut geleitet unter Berücksichtigung der Ergebnisse moderner Sportmedizin, werden nur als gesund festgestellte und vollereifene Personen zugelassen, so ist eine Schädigung durch den Sport so gut als ausgeschlossen.

Wenn einem gesunden Jugendlichen die volle Kraftergabe schädlich sein sollte, so wäre es traurig um die Zukunft unserer menschlichen Rasse bestellt. Es muß für jeden Menschen die edelste Aufgabe sein, die ihm von der Natur verliehenen körperlichen Eigenschaften bis zu ihrer höchsten Vollkommenheit auszubilden.

Wenn wir Ärzte Höchstleistungen fordern, so denken wir vor allem an das Höchstmaß, das die Natur dem einzelnen bestimmt hat. Gerade wir Ärzte wissen, daß es nur wenigen möglich ist, außergewöhnliche Leistungen zu erzielen und daß nur eine dünne Scheidewand die Höchstleistung von einem letzten Sichausgeben trennt.

Jeder erfahrene Sportsmann weiß, daß der Sieg nicht allein vom Training, also von seinem Verdienst, sondern auch von der angeborenen Veranlagung abhängt, und daß der Nichtsieger oft noch mehr Bewunderung verdient als der Sieger.

Die Vermehrung der tätigen Anteilnahme an der sportlichen Betätigung möglichst vieler, am besten des ganzen Volkes, ist wichtiger und wertvoller, als die Verbesserung der Rekorde um ein paar Zehntel Sekunden oder Zentimeter.

Die sportlichen Höchstleistungen eines einzelnen sehen, je größer sie sind, eine desto stärkere sportliche Durchbringung des ganzen Volkes voraus und können daher auch immer als Gradmesser der Tüchtigkeit und Fähigkeit eines Volkes angesehen werden.

Die Bereitschaft zu körperlichen außergewöhnlichen Leistungen wird durch eine Erregung des sympathischen Nervensystems erzielt; sie läßt sich bei sportlicher Betätigung trainieren und gibt dem Sporttreibenden körperliche Fähigkeiten, die ihm nicht mehr, wie dem Naturmenschen und dem Tier, instinktmäßig angeboren sind.

Als Folgen der Erregung des sympathischen Nervensystems werden die ermüdeten Muskeln lebhafter erregbar und erholen sich schneller, die Zuckerreserven in der Leber werden herangezogen, der Zuckergehalt des Blutes steigt an, die Muskulatur wird besser durchblutet und somit besser ernährt und dadurch endlich die Herz-tätigkeit gefördert.

Auch das bekannte körperliche Verhalten des Menschen im Zustande des Schrecks (Gänsehaut, kalter Schweiß, weite Pupillen usw.) ist nur durch eine Erregung des sympathischen Nervensystems zu erklären.

Untersuchungen an Sporttreibenden, die sich stark ausgegeben hatten, ergaben bei diesen Zuckerauscheidung im Urin. Dieser Befund ist ebenfalls auf die Erregung des sympathischen Nervensystems und auf die Mobilmachung der Zuckerreserven in der Leber zurückzuführen.

Durch die Erregung des sympathischen Nervensystems werden auch noch andere Stoffe ins Blut geliefert, und es ist möglich, daß diese Stoffe in entsprechender Weise auch seelische Eigenschaften (Mut, Willen und Tatkraft) zu Höchstleistungen steigern können.

Das gute Buch

Wer ein neues Buch in der Hand hat, der blättert zuerst unwillkürlich einmal in dem Buche. Von vorn nach hinten. Von hinten nach vorn. Hier und dort ruht sein Auge ein wenig auf einer Seite, die durch irgendein Wort, eine Ueberschrift aufgefallen ist. Und dann legt man es hin, voll Erwartung.

Wie manches Buch haben wir schon gelesen, und doch ist die Erwartung bei jedem guten Buche immer wieder schön. Es gleicht einer Knospe, die sich da vor unserm Auge öffnen soll, und etwas wie Ehrfurcht vor dem ewig neu wachsenden Leben, das sich da in jedem Kleinsten regt, kommt über uns.

Und wir lesen und lernen und werden gepackt. Und wir lehnen auch ab. Aber wir sind in jedem Fall beim Lesen des guten Buches ergriffen. Denn in ihm offenbart sich uns immer das Leben, das Streben, das Wollen, das Wachsen. Und sind es Paragraphen: von lebendigen Menschen für Menschen gemacht.

Das gute Buch ist Form gewordene geistige Kraft. Knospe am wachsenden Baume des geistigen Lebens. Frühling, der ohne Ende ist, solange noch Menschen im Buche wollen, weisen, glauben, kämpfen und schaffen.

Und da sollten wir, die wir das Leben wollen mit seinem Rechte, in dieser Zeit des Blühens draußen ohne das Buch sein? — Bücher sind nicht nur für den Winter bestimmt!

Empfehlenswerte Schriften aus unserem eigenen Verlag:

Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter
Von ALEXANDER KNOLL. Reich illustriert
Band I, II, III. Pro Band 10 Mark, für Verbandsmitglieder 8 Mark

Der alten Steinmehrs Recht und Gewohnheiten
Von RUDOLF WISELL
Preis 2,50 Mark, für Verbandsmitglieder 1,50 Mark